



ZivilCourage

Magazin der DFG-VK

**Netzplan
für eine
Welt ohne
Militär!**



Rückblick auf den 22. Bundeskongress der DFG-VK im November in Frankfurt/Main

DFG-VK vor Ort: Die Regionalgruppe Ostwestfalen-Lippe

„Hirntot“ – Leitartikel von Thomas Carl Schwoerer

Klimakiller Militär und Krieg

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

NEU: Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 65296246
E-Mail verwaltung@dfg-vk.de
E-Mail shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23575236
E-Mail svg@dfg-vk.de

BundessprecherInnenkreis

- Benno Malte Fuchs
E-Mail fuchs@dfg-vk.de
- Katja Görge
E-Mail Goergen@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Markus Hornberger
E-Mail hornberger@dfg-vk.de
- Kathi Müller
E-Mail mueller@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Marius Pletsch
E-Mail pletsch@dfg-vk.de
- Jan Sander
E-Mail sander@dfg-vk.de
- Torsten Schleip
E-Mail schleip@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände und -Gruppen: www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund
Telefon 0231 - 818032
E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Redaktion *ZivilCourage*

NEU: Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 51892620
E-Mail zc@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg-vk.de

Die *ZivilCourage* abonnieren unter www.dfg-vk.de/zc

Das DFG-VK-Spendenkonto:
IBAN DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC BFSWDE33XXX

Liebe Leserin,
lieber Leser,
„non scholae, sed vitae discimus“ habe ich vor bald 40 Jahren im Latein-Unterricht zu übersetzen gelernt mit: „Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir.“ (Wobei das Zitat im Original umgekehrt war und eine Kritik des Philosophen Seneca an den römischen Philosophenschulen bedeutete.) Ja, hätte ich das mal berücksichtigt und im Chemie-Unterricht besser aufgepasst.



Foto: privat

Dann hätte ich wahrscheinlich den Artikel „Klimakiller Militär und Krieg“ von Ralf Cüppers auf Seite 26 noch besser und auf Anhieb verstanden. Als er ihn zur Veröffentlichung anbot, musste ich doch lange überlegen, ob man einen solchen Text mit viel „Fachchinesisch“ und chemischen Formeln abdrucken kann. Und dachte dann: In Zeiten von „fake news“, in denen es zunehmend weniger auf Fakten ankommt, sondern wo mit „gefühlter Wirklichkeit“ Politik gemacht wird, da ist es schon höchst sinnvoll, wenigstens einmal sich genauer anzuschauen, was Klima, Militär und Krieg miteinander zu tun haben. „Einmal“ bedeutet: Solche Texte werden die Ausnahme bleiben. Und wer's gar nicht lesen will, für den gibt es die Kurzfassung in Form dieses Plakats:



Die Botschaft ist eingängig und klar: Ein Diesel-Pkw bläst pro Stunde Fahrt acht Kilogramm des Treibhausgases Kohlendioxid in die Luft, ein Bundeswehr-Tornado pro Flugstunde das Fünfzehntausendfache. Schon dieses Beispiel zeigt: Es ist zwar gut, wenn wir unseren persönlichen Lebensstil in Richtung Nachhaltigkeit und auch Verzicht ändern (auch weil wir dadurch Lebensqualität gewinnen können), die eigentlichen Stellschrauben zur Abwendung der drohenden Klimakatastrophe sind ganz andere.

Und vielleicht wird das ja mein „ceterum censeo“ in den künftigen Editorials: die Aufforderung, das Klimathema mit unserem originären Thema, dem Widerstand gegen das Verbrechen Krieg, zu verbinden – im Denken und im Handeln.

Und für die Nicht-Lateiner: „Ceterum censeo“ steht für die Einleitung einer wiederholt vorgebrachten Überzeugung. Es geht zurück auf Marcus Porcius Cato (234 - 149 v. Chr.), der jede seiner Reden im Senat in Rom unabhängig vom sonstigen Inhalt beendet haben soll mit dem Satz: „Ceterum censeo Carthaginem esse delendam.“ Übersetzt heißt das: „Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss.“ Cato (der Ältere) war also ein übler Kriegshetzer, der sich nicht wirklich zur Nachahmung eignet.

Allerdings haben wir ja die Möglichkeit, uns immer wieder neu und auch umzuentcheiden, alte „Merksätze“ zu verändern oder ihnen eine neue Bedeutung zu geben. Aus dem alten „si vis pacem, para bellum“ („Wenn du Frieden willst, bereite Krieg vor.“) hat der Friedensforscher Dieter Senghaas („Den Frieden denken“) logisch und vorbildhaft den Satz gemacht: „Si vis pacem, para pacem“. Und noch einige Jahre vor Senghaas war es Gustav Heinemann, der in seiner Antrittsrede als Bundespräsident am 1. Juli 1969 gesagt hatte: „Der Frieden ist der Ernstfall“.

Stefan Philipp

„Hirntot“

Von Thomas Carl Schwoerer



Foto: Stefan Philippi

Recht hat er, der französische Präsident Emmanuel Macron, wenn er die Nato als „hirntot“ bezeichnet. Mit diesem Begriff

sollten wir arbeiten: Er zeigt die Spaltung der Nato auf und bringt unsere Kritik an ihrem Versuch, aus interessegeleiteter Phantasie- und Mutlosigkeit an der gescheiterten militärischen Sicherheitspolitik festzuhalten, auf den Punkt.

Diese schafft keine Sicherheit, sondern ständig neue Unsicherheiten. Sie missversteht „Verantwortung“ als militärische Stärke und Intervention. Aber Militär löst Konflikte nicht, sondern verschärft, verlängert und verlagert sie. Auch die jüngsten Versuche in Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen oder Mali zeigen: Frieden und Sicherheit lassen sich nicht mit militärischen Mitteln herstellen. Wissenschaftlich belegt ist, dass politische Ziele doppelt so erfolgreich ohne Militär wie mit Militär erreicht werden.*

Deshalb fordern wir eine Abkehr von der militärischen Sicherheitspolitik. Wirkliche Sicherheit ist ebenso machbar wie der Umstieg von Atom- und Kohle-Nutzung zu erneuerbarer Energie, die Ächtung häuslicher Gewalt und die Abschaffung der Sklaverei.

Dazu muss Deutschland in Zusammenarbeit mit anderen Ländern schrittweise und bis 2040 komplett auf eine zivile Sicherheitspolitik ohne Militär umstellen, die nicht mehr auf Gewalt und Krieg beruht. Eine solche Sicherheitspolitik geht nicht nur von nationalen Interessen aus, sondern auch vom Sicherheitsbedürfnis anderer Länder: Je sicherer sich mein*e Nachbar*in fühlt, desto sicherer fühle ich mich selbst und umgekehrt. Es geht um die Sicherheit aller Menschen – um unsere gemeinsame Sicherheit.

Unser Bundeskongress hat erfreulicherweise beschlossen, dass die DFG-VK an diesem Umstieg mitarbeitet in der Initiative „Sicherheit neu denken“. Eine erste Vorstellung und eine positive Vision, wie eine zivile Sicherheitspolitik konkret aussehen kann, ist in dem Konzept „Sicherheit neu denken“ dargelegt.**

Wirkliche Sicherheit umfasst mehrere Säulen: Eine wirksame Klimapolitik und die Abkehr von Aufrüstung und Militarisierung sind verbunden mit Rüstungskonversion, gerechten Außenbeziehungen, der Förderung nachhaltiger Entwicklung der EU-Anrainerstaaten, Investitionen in eine starke Uno und OSZE-Präsenz statt in die Bundeswehr sowie der Entwicklung einer starken Demokratie, die Krisen zivilisiert bewältigt.

Im Übrigen teilen wir zwar nicht Macrons Schlussfolgerung, das europäische Militär auszubauen, wohl aber seine Forderung nach einem intensiveren Dialog mit Russland und seine Analyse in der Wochenzeitschrift „Economist“, die seinem Begriff „hirntot“ zugrunde liegt: Es gebe keinerlei Koordination der strategischen Entscheidungsfindung zwischen den USA und dem Rest der Nato, etwa beim teilweisen Rückzug aus Nordsyrien. Auch der dortige völkerrechtswidrige Einmarsch des Nato-Mitglieds Türkei sei unkoordiniert gewesen.

Thomas Carl Schwoerer ist Mitglied im BundessprecherInnenkreis der DFG-VK. ‹‹

* Siehe Chenoweth, Erica; Stephan, Maria J.: Why Civil resistance works. New York, NY 2011. Deutsche Zusammenfassung und Aktualisierung bis 2015 auf www.kirche-des-friedens.de/html/content/arbeitsmaterialien_und_andere_texte.html

** Die 2. Auflage des Szenarios steht zum kostenlosen Download zur Verfügung: [%2Cdenken%2CNeu%2CSicherheitspolitik%2Cdenken](https://www.ekiba.de/html/content/szenario_sicherheit_neu_denken.html?stichwortsuche=Sicherheit%2Cneu%2Cdenken)

Inhalt

Titel

22. Bundeskongress der DFG-VK
04 Rückblick, Beschlüsse, Wahlergebnisse, Themen **07** Abschlussresolution **08** Rede von Wolfgang Lemb, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall **11** „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Antimilitarismus

12 (Keine) Kampfdrohnen für die Bundeswehr
14 Interview mit Jürgen Rose vom „Darmstädter Signal“
24 Rüstungsexporte und mörderische Mauern
26 Klimakiller Militär und Krieg

DFG-VK vor Ort

17 „Rentner-Band“ rockt Ostwestfalen-Lippe

International

21 Neuigkeiten vom International Peace Bureau
22 Global betrachtet

Standpunkt

29 „Ächtung des Soldatentums“

Menschenrechte

30 Asyl für Edward Snowden

Zukunftswerkstatt

32 Die Vision einer Friedenskultur entwickeln

31 Impressum

34 Literatur

35 Feldpost

35 DFG-VK-Beitrittserklärung



**Netzplan
für eine
Welt ohne
Militär!**

22. Bundeskongress

Rückblick, Beschlüsse, Wahlergebnisse
Von Stefan Philipp

100 Delegierte aus Gruppen und Landesverbänden sowie die

Mitglieder des BundessprecherInnenkreises versammelten sich vom 8. bis 10. November 2019 in Frankfurt am Main zum 22. Bundeskongress der DFG-VK. Das Kongressmotto lautete „Netzplan für eine Welt ohne Militär“. Damit wurde einerseits das grundsätzliche Ziel der pazifistisch-antimilitaristischen Organisation zum Ausdruck gebracht – und gleichzeitig, dass die Realisierung dieses Ziels nur durch vernetztes Denken und Handeln und geplant möglich sein wird.

Im Mittelpunkt des Bundeskongresses stand ein „Netzwerkprojekt“ mit höchstem Anspruch: Das im Bereich der Evangelischen Landeskirche in Baden unter Beteiligung von dort engagierten DFG-VK-Mitgliedern mitentwickelte Szenario zur Friedenspolitik „Sicherheit neu denken“. Ziel: die Entmilitarisierung Deutschlands bis 2040. Der Plan: 2021 startet die Kampagne dafür. Die DFG-VK ist dabei. Bis Ende dieses Jahres sollen konkrete politische Ziele und Schritte für einen Umbau der militärischen Sicherheitspolitik zu einer zivilen Sicherheitspolitik formuliert werden.

In der Auftaktveranstaltung des Bundeskongresses wurde „Sicherheit neu denken“ vorgestellt und diskutiert, durchaus auch kritisch. In sechs Arbeitsgruppen wurde die Beschäftigung am Samstag fortgesetzt. Förmlich beschlossen wurde dann im Rahmen der generellen Antragsberatung vom Kongress:

Die DFG-VK arbeitet mit in der Initiative Sicherheit neu denken. Die Vertreter der DFG-VK sind beauftragt, die Programmatik der DFG-VK (Ächtung des Soldatentums) in diese Diskussion einzubringen.

ess der DFG-VK in Frankfurt am Main

gebnisse, Themen

(siehe zur Frage der „Ächtung des Soldatentums“ den „Standpunkt“-Beitrag auf Seite 29 in dieser *ZivilCourage*)

Nachfolgend werden einige der weiteren vom Kongress beschlossenen Anträge vorgestellt.

Für viele ist es im Grunde eine Selbstverständlichkeit: Die DFG-VK arbeitet nicht mit Rassisten und Nazis zusammen. Seit einigen Jahren gibt es aber immer wieder Versuche von Einzelnen und Gruppen höchst zwei-

felhafter und bedenklicher Herkunft, in der Friedensbewegung Fuß zu fassen; „rechtsoffen“ ist das Stichwort. Um hier klar Position zu beziehen, hat der Bundeskongress zu diesem Thema zwei Anträge beschlossen:

Die Ergebnisse der Wahl des BundessprecherInnenkreises und weiterer Funktionen



BundessprecherInnenkreis

Benno Malte Fuchs

Landesverband
Nordrhein-Westfalen

ja	nein	Enth.	%
85	5	8	85



BundessprecherInnenkreis

Kathi Müller

Landesverband
Nordrhein-Westfalen

ja	nein	Enth.	%
92	1	5	91



BundessprecherInnenkreis

Torsten Schleip

Landesverband Ost

ja	nein	Enth.	%
78	13	15	78



BundessprecherInnenkreis

Katja Görgen

Landesverband
Hessen

ja	nein	Enth.	%
87	4	5	87



*BundessprecherInnenkreis
Bundeskassierer*

Christoph Neeb

Landesverband
Baden-Württemberg

ja	nein	Enth.	%
98	1	1	98



BundessprecherInnenkreis

Thomas Carl Schwoerer

Landesverband Hessen

ja	nein	Enth.	%
80	14	4	80



BundessprecherInnenkreis

Jürgen Grässlin

Landesverband
Baden-Württemberg

ja	nein	Enth.	%
91	3	4	91



BundessprecherInnenkreis

Marius Pletsch

Landesverband
Rheinland-Pfalz

ja	nein	Enth.	%
81	8	9	81



Politischer Geschäftsführer

**Michael Schulze
von Glaßer**

Landesverband Hessen

ja	nein	Enth.	%
91	6	2	91



BundessprecherInnenkreis

Markus Hornberger

Landesverband
Baden-Württemberg

ja	nein	Enth.	%
75	10	10	75



BundessprecherInnenkreis

Jan Sander

Landesverband
Baden-Württemberg

ja	nein	Enth.	%
78	8	10	78



*Verantwortlicher Redakteur
des Verbandsmediums
„ZivilCourage“*

Stefan Philipp
Landesverband
Baden-Württemberg

ja	nein	Enth.	%
92	3	5	92

(Wieder)gewählt wurden
(Ja-Stimmen in Prozent):

Guido Grünewald (Internationaler Sprecher; 92 %); **Stephan Brües** (Vertreter beim Bund für Soziale Verteidigung; 86 %), **Roland Blach** (Vertreter bei der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“; 90 %); **Marion Küpker** (Internationale Koordinatorin gegen

Atomwaffen; 89 %); **Kai-Uwe Dosch** (Netzwerk Friedensbildung; 89 %); **Hedwig Sauer-Gürth** (Ramstein-Kampagne; 74 %); **David Scheuing** (Vertreter bei der War Resisters' International; 96 %); **Michael Schulze von Glaßer** (Vertreter im Bündnis Kindersoldaten; 93 %); **Marius Pletsch** (Vertreter bei der Kampagne „Killer-Roboter stop-

pen“; 92 %); **Jürgen Grässlin** (Vertreter bei der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“; 97 %); **Martha Metzger und Franz Egeter** (Kontakt zu VVN-BdA; 81 %); **Thomas Haschke** (Geschäftsführer des Carlson-Ossietzky-Fonds; 92 %); **Ralf Fischer** (Kassenrevisor; 94 %); **Michael Sünner** (Kassenrevisor; 95 %)



Die Zusammenarbeit in Bündnissen mit der AfD und anderen rechtsradikalen und rechtsoffenen Menschen, Gruppen und Organisationen lehnt die DFG-VK ab. In Bündnissen wirkt die DFG-VK darauf hin, dass die Teilnahme von rechtsextremen Menschen, Gruppen und Organisationen nicht möglich ist.

Die DFG-VK stellt sich entschieden gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie und die Diskriminierung aufgrund der Herkunft. Wir lehnen jede Form der Gewalt gegen Menschen ab. Wir kooperieren nicht mit völkischen, rassistischen und faschistischen Parteien. Zudem trägt die DFG-VK keine Bündnisse/Veranstaltungen mit, die von einer AfD-Gliederung oder einer als AfD-Funktionär*in bekannten Person mitveranstaltet wird.

Auch bei einer anderen Frage wären vielleicht viele davon ausgegangen, dass es sich um eine Selbstverständlichkeit handelt, nämlich dass die bei der DFG-VK angestellten Personen an Tarifverträge angeglichen bezahlt werden. Bislang war das allerdings nicht der Fall, nun fand aber dieser Antrag eine breite Mehrheit:

Die Angestellten des Bundesverbandes erhalten jährlich eine Gehaltserhöhung. Sollte es in einem Jahr nicht möglich sein, die Gehälter zu erhöhen, geht der BSK auf die Angestellten zu und verhandelt.

Die Angestellten des Bundesverbandes erhalten wie im TVöD [Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes] vorgesehen Sonderzahlungen: Urlaubs- oder Weihnachtsgeld. Der BSK verhandelt mit den Angestellten, in welcher Form und Höhe eine Zahlung möglich ist. (...)

Die Arbeit der Gruppen vor Ort wird durch eine Satzungsänderung

erleichtert. In Paragraf 7 ist nun geregelt:

Vorstandswahlen und Antragsbeschlüsse können für die Ortgruppen-ebene auch per Briefwahl durchgeführt werden. Der Bundesausschuss beschließt ein Wahlverfahren.

Eine weitere Änderung der Satzung soll die Integration derjenigen, die die DFG-VK z.B. in Bündnissen vertreten, in die kontinuierliche Bundesverbandsarbeit verbessern – sie sollen nun regelmäßig dem Bundesausschuss berichten, und nicht nur alle zwei Jahre dem Bundeskongress.

Dass man in der DFG-VK immer wieder auch Neues lernen kann, beweist der mit großer Mehrheit beschlossene Antrag über die Einrichtung einer ständigen Projektgruppe zum Thema „Intersektionale Friedensarbeit – Gewaltverhältnisse dekonstruieren“. Ich hätte bisher mit dem Begriff der „intersektionalen Friedensarbeit“ nichts anfangen können; die Begründung des Antrags machte mich – und vermutlich manch andere Delegierte auch – klüger:

Intersektional zu denken heißt, Machtstrukturen in den Blick zu nehmen und sie mit anderen Strukturen von Unterdrückung zusammenzudenken (Diskriminierung aufgrund von race, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Klasse). Wie diese Überschneidungen den Zugang zu Gesellschaft und ihren Institutionen, Diskursen und ihrer Herrschaftsstrukturen gewaltsam und ungerecht vorstrukturieren (kulturelle und strukturelle Gewalt im Sinne des norwegischen Wissenschaftlers Johan Galtung, des „Gründungsvaters“ der Friedens- und Konfliktforschung, der 1959 das erste Friedensforschungsinstitut Europas gegründet hatte) und was die eigene

privilegierte Sicht damit zu tun hat, will die Projektgruppe aus einer Friedensperspektive bearbeiten. Damit werden sich neue Wege für Friedensarbeit entwickeln. Seit vielen Jahren schon gibt es ernstzunehmende nicht nur feministische Kritik inner- und außerhalb des Verbandes an Struktur, Themen und Selbstreflexion genau aus dieser Perspektive. Warum begreifen wir beispielsweise Antirekrutierung immer noch nur in Bezug auf Jungen/Männer? Welche Wirkung hat die Forderung nach Truppenabzug aus der BRD für andere Regionen?

Wenn die DFG-VK der Idee ihres Programms gerecht werden will und gerade auch die Hintergründe und Strukturen von eskalierten Gewaltkonflikten herausstellen und verändern will, so muss neben einem ausgesprochenen Pazifismus/Antimilitarismus auch eine antikapitalistische, feministische und antirassistische Politik verfolgt werden. Die Verzahnung dieser Themen ist für die weitere Entwicklung der DFG-VK wichtig. Sie kann aber in den bestehenden Strukturen des Verbandes nicht ad hoc entstehen – daher braucht es einen gemeinsamen Diskussionsrahmen. Dieser kann die Projektgruppe sein.

Es bleibt also spannend in der DFG-VK. Es wird dabei jünger – es wurden vier neue und junge Mitglieder in den BundessprecherInnenkreis gewählt – und (mindestens ein kleines bisschen) weiblicher; mit der wiedergewählten Kathi Müller und der neuen Katja Görge sind zwei Frauen im nun zehnköpfigen BundessprecherInnenkreis, damit liegt der Frauenanteil nun bei immerhin 20 Prozent.

Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage. <<



Friedenslogik

Abschlussresolution des 22. DFG-VK-Bundeskongresses

Die 100 Delegierten des 22. Bundeskongresses der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen vom 8. bis 10. November 2019 in Frankfurt am Main wenden sich gegen die Forderung von Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, die Auslandseinsätze der Bundeswehr auszuweiten. Sie stellen fest, dass der seit 18 Jahren geführte „Krieg gegen den Terror“, der laut Edward Snowden mindestens eine Million Menschenleben gekostet hat, gescheitert ist. Er führt nur zu neuen Rekruten für den Terror, die sich für die zivilen Opfer rächen wollen, und Anschlägen auch in Europa. Gescheitert ist neben anderen der Krieg in Mali, den Frau Kramp-Karrenbauer verteidigt. Erforderlich ist dort stattdessen eine politische Lösung wie in Nordirland und wie in Kolumbien das Friedensabkommen, das 2016 von der kolumbianischen Regierung und der Guerillabewegung *Farc* verhandelt wurde.

Wir widersprechen Annegret Kramp-Karrenbauers Missverständnis von Sicherheit und Verantwortung als militärische Stärke und Intervention und lehnen deshalb den von ihr geforderten Einsatz der Bundeswehr im indo-pazifischen Raum ab. Dahinter steht aus unserer Sicht der Wille zur wirtschaftlichen und strategischen Machtausweitung.

Militär schafft keine Sicherheit, sondern ständig neue Unsicherheiten.

Militär löst Konflikte nicht, sondern verschärft, verlängert und verlagert sie.

Deshalb tritt die DFG-VK für die Abschaffung der Bundeswehr ein und dafür, dass Deutschland in Zusammenarbeit mit anderen Ländern seine Sicherheitspolitik schnellstmöglich auf zivile Instrumente umstellt. Entsprechend arbeitet die DFG-VK mit in der „Initiative Zivile Sicherheitspolitik“.

Wir rufen auf zur Teilnahme an den Demonstrationen gegen die öffentlichen Gelöbnisse der Bundeswehr am kommenden Dienstag, den 12.11.2019. Diese Demonstrationen wenden sich gegen die mit Gelöbnissen einhergehende Militarisierung der Gesellschaft und die maßlose Steigerung der Rüstungsausgaben. Weiter wenden wir uns gegen die Bundeswehr-Propaganda durch die Auftritte von Militärkapellen in der Öffentlichkeit.

Wir fordern von der Bundesregierung, den Mehrheitswillen der Bevölkerung endlich umzusetzen und dem bei den Vereinten Nationen beschlossenen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten sowie die „nukleare Teilhabe“ zu beenden.

Wir erwarten, dass die Bundesregierung sofort Maßnahmen ergreift, um das stark gestiegene Risiko eines Atomkriegs unter Kontrolle zu bringen. Die DFG-VK setzt sich mit allen Mitteln für Aufklärung über Kriegsvorbereitungen, Meinungsmache und Feindbildaufbau ein.

Wir fordern die Bundesregierung auf, den über Ramstein laufenden US-Drohnenkrieg zu unterbinden, eine internationale Ächtung von Kampfdrohnen und Killerrobotern zu erwirken sowie auf ihren Einsatz bzw. ihre Entwicklung zu verzichten. Alle Rüstungsexporte müssen unterbunden werden, schon weil sie weltweit Konflikte anheizen. Bei der bevorstehenden UN-Klimakonferenz müssen klimaschädigende Wirkungen des Militärs in die Beschlüsse aufgenommen werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, das völkerrechtliche Gewaltverbot und das grundgesetzliche Friedensgebot zu achten und dadurch Vertrauen zu schaffen und Verantwortung für Deutschland und die Welt zu übernehmen. Nato und EU aufzurüsten ist eine sicherheitspolitische Sackgasse. Wir erinnern an die bewährten Institutionen der kollektiven Sicherheit wie die Vereinten Nationen und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die der Stärkung und Weiterentwicklung bedürfen.

Es geht darum, ein Denken zu entwickeln, mit dessen Hilfe es möglich ist, „Frieden zu schaffen und das heißt Beziehungen zu ermöglichen, in denen Gewalt unwahrscheinlich wird, weil Kooperation gelingt“ (Hanne-Margret Birckenbach). Das entspricht der „Friedenslogik“, wie sie in der Friedensforschung und der Sozialwissenschaft entwickelt wurde.

Frieden, Abrüstung, Konversion

Rede von Wolfgang Lemb, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, beim DFG-VK-Bundeskongress

Heute, am 9. November, erinnern wir uns natürlich an die Maueröffnung vor 30 Jahren. Sie markierte das Ende der alten, bipolaren Weltordnung. Was haben wir nicht alles zu träumen gewagt? Damals wurde nicht nur das Tor aufgemacht für die Menschen, die sich bald in einem Land wiederfinden sollten. In der DDR gab es bald keinen Verteidigungsminister mehr, sondern einen Abrüstungsminister. Alles, oder zumindest vieles, schien möglich.

Nach der Abschaffung der NVA wurde auch die Bundeswehr verkleinert, in Ost und West zogen die Besatzungsmächte ihre Truppen zurück, die Atomwaffenarsenale wurden abgebaut. Vor 30 Jahren konnten die Menschen diesseits und jenseits der ehemaligen Systemgrenze aufatmen, dass die „deutsche Revolution“ so friedlich verlaufen war und die Kriegsgefahr in Europa gebannt schien.

Aber schon bald mussten wir feststellen, dass mit dem Ende der Systemkonkurrenz das Militär keineswegs ausgedient hatte. Der Warschauer Pakt und seine Mitgliedsstaaten lösten sich auf, aber die Nato blieb bestehen und wurde ausgeweitet.

Und die Bundeswehr wurde Schritt um Schritt von einer Verteidigungsarmee zu einer professionellen Eingreiftruppe für sogenannte Auslandseinsätze umgebaut. Um unsere „Freiheit“ künftig am Hindukusch zu verteidigen – wie es damals hieß. Vor allem aber, um den strategischen, freien Zugang zu den Rohstoffen auf dem Weltmarkt zu gewährleisten.

Unser Traum von einer gerechteren Welt in Frieden ist und bleibt dennoch beständig. Aber es erscheint uns heute so fern – angesichts der vielen Kriege und Konflikte in dieser Welt. Angesichts der weltweiten Fluchtbewegungen. Angesichts des Hungers und der

Entrechtung in vielen Ländern. Verursacht durch kapitalistische Interessen und die Macht global agierender Konzerne und verantwortungsloser Politiker.

Rüstungshaushalt. Wir erleben heute eine neue Phase der Aufrüstung. Der INF-Vertrag ist gekündigt. Der Rüstungshaushalt soll nach dem Willen der Nato auf zwei Prozent unseres Volkseinkommens erhöht werden. Die Bundesregierung bekennt sich zu diesem Ziel. Für 2019 sind 43,2 Milliarden Euro vorgesehen.

Das ist unverantwortlich, es verschärft die weltweiten Konflikte und führt zu neuem Hunger und Elend. „Abrüsten statt Aufrüsten“ ist das Motto eines gemeinsamen Aufrufes, den mittlerweile zehntausende Menschen unterschrieben haben und in dem wir dazu aufrufen, sich aktiv gegen die „Zwei Prozent“ einzusetzen.

Auch der DGB hat sich auf seinem Bundeskongress dazu bekannt und ruft ebenfalls dazu auf, die Initiative zu unterstützen. Und der jüngste IG-Metall-Gewerkschaftstag vor wenigen Wochen in Nürnberg hat es bekräftigt: Wir wollen weiter und noch mehr Unterschriften sammeln. Die Beschlusslage lässt also eigentlich nichts zu wünschen übrig.

Und trotzdem gehört auch zur Wahrheit, dass diese friedenspolitische Tradition und dieser Auftrag bei vielen von uns nur noch an „hohen Feiertagen der Arbeiterbewegung“ beschworen wird, der gewerkschaftliche Alltag davon häufig unberührt wirkt. Delegiertenversammlungen – mit friedenspolitischen Resolutionen – gab es in der Vergangenheit auch schon mal häufiger...

Und selbstkritisch will ich auch sagen: Wenn wir uns manche Reden am

1. Mai oder auch die eine oder andere Internetseite der Gewerkschaften anschauen, dann fehlt da schon manchmal selbst der allgemeine Appell oder nur die Erwähnung des Friedensthemas.

Das ist keine Absicht, das ist auch klar! Ein Grund mag sein: Zu sehr sind unsere Kollegen vor Ort mit den unsozialen Folgen einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit täglichen Abwehrkämpfen und – gerade in der jetzigen Zeit – mit den Folgen der Transformation beschäftigt.

Aber ich will auch durchaus positiv sagen: Zum bereits erwähnten Gewerkschaftstag der IG Metall wurden deutlich mehr Anträge zu friedenspolitischen Themen gestellt. Und das Thema Rüstungskonversion wird innerhalb der IG Metall wieder stärker diskutiert und – noch nicht ausreichend, aber – in einigen Regionen wieder stärker vorangetrieben. Ich komme später nochmal darauf zurück.

Die Welt ist in einem gefährlichen Krisenmodus. In Afrika sind Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. In Europa und in Deutschland nimmt die soziale Ungleichheit und Armut in einem seit Langem nicht gekannten Ausmaß zu. Das alles spitzt sich zu, statt die vielen Kriege und Konflikte zu deeskalieren. Wir wollen nicht, dass das so weitergeht! Nur ein Bruchteil der 1,7 Billionen Dollar, die weltweit für Rüstung ausgegeben werden, würde ausreichen, die wichtigsten Millenniumsziele der Vereinten Nationen zu erreichen: Armut halbieren; alle Menschen mit sauberem Wasser versorgen, ebenso mit Gesundheitsdiensten und Bildung.

Das wäre machbar! Zum Beispiel, wenn die deutsche Außenpolitik von dem Leitgedanken Abrüstung, zivile Hilfen und fairer Handel geprägt wäre, nicht von militärischem Machtgehabe

und Interventionen. In Anbetracht immer lauter werdender Rufe nach Aufrüstung dies- und jenseits des Atlantiks möchte ich an die Worte von Willy Brandt erinnern: „Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben. Wer den Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut bannen.“

Um dieser Armut den Kampf anzusagen, versprach auch Deutschland vor fast 50 Jahren bei den Vereinten Nationen in New York, 0,7 Prozent seiner Wirtschaftskraft für die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Heute stehen wir bei 0,61 Prozent – Tendenz sinkend. Heute gibt es noch immer deutlich über 700 Millionen Menschen, die in extremer Armut leben, also mit weniger als 1,90 US-Dollar am Tag auskommen müssen.

Es geht aber hier nicht um Zahlenspiele, sondern um für uns alle wichtige Investitionen, mit denen wir Armut, Hunger, die Bildungs-, Gesundheits- und Klimakrise überwinden können. Das wäre Friedenspolitik im eigentlichen Sinne. Als Orientierung dienen die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die die Welt nur mit gemeinsamen Anstrengungen, politisch und finanziell, erreichen kann. Vor knapp 50 Jahren gab Willy Brandt der Welt ein Versprechen. Es wäre an der Zeit, es einzulösen.

Aber was passiert stattdessen? Die Ausgaben fürs Militär steigen und steigen. Die deutschen Militärausgaben sind mit über 43 Milliarden so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr. Die 29 Nato-Staaten allein geben zusammen 1310 Milliarden Dollar für Rüstung aus. Das ist ungefähr das 18-fache dessen, was Russland aufbringt. Wir haben – nach einer kurzen Periode, in der von Friedensdividende gesprochen wurde – wieder eine Aufrüstung wie im Kalten Krieg. Und wir haben mehr heiße Kriege als je zuvor auf unserer Welt.

Diesen Wahnsinn dürfen wir – als Friedensaktivist*innen – nicht mitmachen! Im Vordergrund muss das Bemühen stehen, allen Menschen ein Leben ohne Not zu sichern. Sie brauchen Schutz und Sicherheit vor Armut,

Krankheit, Ausgrenzung und das Ende der Verletzung ihrer Menschenrechte. Wir wollen eine Politik der Abrüstung und Konfliktprävention, der sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Solidarität. Die muss, statt in militärische Aufrüstung, in sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Aufgaben investieren.

Aber genau das Gegenteil ist mit der europäischen Verteidigungsstrategie der Fall. Die Vereinbarung zur EU-Militärkooperation Pesco beinhaltet, die nationalen Militärausgaben zu steigern, wie von der Nato vorgegeben. Aber es ist nicht nur der Druck der Nato. Auch Europa selbst will, entgegen dem EU-Vertrag, die Verteidigungsausgaben der Gemeinschaft auf über 65 Milliarden Euro im Jahr 2027 steigern.

Wir brauchen endlich ein soziales Europa und kein militärisches! Wir wollen humanitäre Einsätze Europas, keine Kriegseinsätze!

Rüstungsexporte. Um es drastisch, aber auch in aller Klarheit zu sagen: Der Tod ist immer noch ein Export-Weltmeister aus Deutschland. Deutschland ist gegenwärtig nach den USA, Russland Frankreich und noch vor China der viertgrößte Waffennexporteur der Welt. Ein erbärmlicher Spitzenplatz!

Die Bundesregierung hat allein im ersten Halbjahr 2019 wie auch letztes Jahr riesige Mengen an Waffennexporten im Wert von über 6 Milliarden Euro in alle Welt genehmigt. Das ist der nach den absoluten Rekordjahren 2015 und 2016 drittgrößte Gesamtwert aller Zeiten. Dramatisch und völlig unverantwortlich ist der erneute Rekordwert bei Lieferungen an sogenannte Drittländer, also Staaten außerhalb von Nato und EU.

Viele dieser Staaten liegen in Kriegs- und Krisengebieten, beispielsweise im Nahen Osten und Nordafrika. Oder sie führen sogar Krieg. Rüstungsgüter aus Deutschland gehen in Länder wie Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Ägypten. Länder, die völkerrechts-

widrige Kriege führen und die Menschenrechte systematisch und massiv verletzen. Die – rechtlich unverbindlichen – und in diesem Jahr endlich aktualisierten „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Waffen und sonstigen Rüstungsgütern“ reichen bei weitem nicht aus.

Sie erfassen auch in keiner Weise die Belieferung von Bündnispartnern wie der Türkei. Deutsche Rüstungsexporte in dieses Land befinden sich auf dem höchsten Stand seit 14 Jahren. Das türkische Militär, das jetzt mit Kriegsgerät aus deutschen Waffenschmieden in die kurdischen Gebiete Nordsyriens eingefallen ist, hat allein zwischen Januar und August Waffen im Wert von 250 Millionen Euro aus Deutschland erhalten. Im vergangenen Jahr schon erhielt die Türkei mit 243 Millionen fast ein Drittel aller deutschen Kriegswaffenexporte. Damit war das Land am Bosphorus „klar die Nummer eins unter den Empfängerländern deutscher Rüstungsgüter“, schreibt „Die Zeit“. Ich sage hier ganz klar: Schluss mit dem Krieg gegen die Kurden! Und das heißt eben auch: Keine Waffen mehr für Erdogan!

Wir alle wissen: Rüstung tötet! Auch im Frieden! Dieses Motto der Friedensbewegung, unserer Bewegung, gilt nach wie vor. Die Exporte von Waffen und ihre unkontrollierte Weitergabe tragen weltweit dazu bei, dass Menschenrechte verletzt werden. Und: sie halten eine Todesspirale in Gang. Ich fordere deshalb: Die deutschen Rüstungsexportgesetze müssen baldigst eine verbindliche Menschenrechtsklausel erhalten. Und das Parlament muss umgehend bei Entscheidungen über Waffenexporte einbezogen werden.



Foto: Stefan Philipp

Rüstungskonversion. Das Thema Rüstungskonversion steht seit langem im Zentrum – auch immer wieder in der Auseinandersetzung – des friedenspolitischen Engagements der Gewerkschaften. Da gab es – und gibt es immer noch – viel Auf und Ab. Die Debatte in den achtziger Jahren zeigt: Konversion muss in ein industriepolitisches Konzept eingebunden werden.

Daraus ergibt sich meines Erachtens gegenwärtig die Chance, Rüstungskonversion effizienter zu betreiben. Zum Beispiel muss Technologiepolitik stärker auf „Dual-use-Produkte“ setzen. Ich weiß, das sehen viele hier im Raum möglicherweise kritisch und als Verneblungsdiskussion. Aber damit gelingt der „Konversions-Übergang“ von militärischer zu ziviler Nutzung. Durch kürzere Innovationszyklen lässt sich das effizienter gestalten.

Diese Forderung ist auch Bestandteil der europäischen Gewerkschaftsposition mit Blick auf die Überarbeitung der Forschungsrahmenpläne der EU-Kommission. Untermuert werden diese technologiepolitischen Forderungen durch „IndustriALL Global Union“, den Weltverband der Industriegewerkschaften. Der fordert die Förderung und Einrichtung von Hochschulinstituten, die sich intensiv der Erforschung von zivilen Produktionen in wehrtechnischen Betrieben widmen.

In Bezug auf betriebliche Rüstungskonversionsdebatten sind – wie schon in den 80er Jahren – auch heute noch viele Arbeitgeber die Blockierer. Kein Wunder: Sie machen mit der Rüstung ihren Profit! Die betrachten das Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Rüstungskonversion als Einmischung in die Freiheit der unternehmerischen Entscheidung. Betriebliche Demokratie und Mitbestimmung sind deshalb erste Voraussetzung für den Erfolg von Konversionsprojekten. In mitbestimmten Mischkonzernen (z.B. Airbus) sind solche Projekte eher durchsetzbar. Sie sind aber beileibe kein Selbstläufer!

In KMUs (*Kleine und Mittlere Unternehmen*) mit schwächeren Mitbe-

stimmungsstrukturen sind Konversionsinitiativen unserer Betriebsräte schwieriger durchsetzbar, weil durch die Arbeitgeberseite immer wieder versucht wird, sie zu verhindern. Die kapitalistische Logik zeigt aber immer wieder: Konversionsprozesse scheitern oft an der Profitabilität der militärischen Güter im Vergleich zu zivilen. Die gewerkschaftliche Konversionsdebatte hat – auch wenn es vielleicht von außen nur bedingt wahrnehmbar ist – zumindest bei uns in den letzten Jahren wieder mehr Schwung aufgenommen. Und das ist gut so! Ausgangspunkt war die Debatte auf den letzten beiden Gewerkschaftstagen. Sie schlägt sich nieder in zahlreichen Anträgen unserer Geschäftsstellen, die auf dem Gewerkschaftstag beschlossen wurden. Ich habe vorhin von den „realistischen Ansätzen“ gesprochen. Das bedeutet heute für die IG Metall vor allem, den betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Nutzen der Konversion herauszustellen und die Diskussion industrie- und branchenpolitisch zu fundieren.

In Deutschland sind immer noch ca. 90000 bis 100000 direkte Arbeitsplätze bei Systemanbietern und Zulieferunternehmen von Aufträgen der Bundeswehr und vom Rüstungsexport abhängig. Die letzten Jahrzehnte haben zu einem Konzentrationsprozess in der Rüstungsindustrie geführt. Umsätze und Beschäftigung sind auf relativ wenige Unternehmen konzentriert. Allein bei den sechs größten der ca. 300 bis 400 Unternehmen, die in Deutschland in der Rüstungsindustrie tätig sind, arbeiten nach unserer Schätzung über 30000 Beschäftigte. Das heißt, fast ein Drittel der von Rüstungsaufträgen abhängigen Arbeitsplätze finden sich in weniger als zwei Prozent der Betriebe.

Die deutsche Rüstungsindustrie ist heutzutage eher eine rein „statistische“ Größe. Inzwischen ist sie europäisch verflochten. Rüstungsprojekte werden heute weder in einem Land allein technologisch entwickelt, noch produziert. Deshalb brauchen wir die europäische Perspektive. Vorausset-

zung ist aus unserer Sicht: Die EU muss eine konsequente Abrüstungsstrategie verfolgen. Seit Jahrhunderten werden die meisten Waffen auf der Welt in Europa produziert. Damit muss endlich Schluss sein!

Wir als IG Metall müssen aber bei allen Aktivitäten auch die beschäftigungspolitischen Folgewirkungen im Blick haben. Ihr kennt das „Argument“: Beschäftigte in den Rüstungsbetrieben, viele von ihnen Mitglieder der IG Metall, fürchten sinkende Rüstungsausgaben und -aufträge. Nicht, weil sie Krieg wollen. Sie haben schlicht Angst um ihre Arbeitsplätze und Einkommen, mit denen sie sich und ihre Familien ernähren. Was wir als IG Metall in der Debatte um Rüstungskonversion deshalb immer wieder deutlich machen ist:

Jede Steigerung des Beschaffungswesens wirkt als Innovationskiller und verhindert die nötige Diversifikation. Der Druck auf die Arbeitsplätze wird somit nicht geringer, sondern steigt tendenziell eher. Wir brauchen also – aus friedenspolitischer Perspektive sowieso – aber auch aus beschäftigungspolitischer Sicht die Umstellung von militärischer auf zivile Produktion.

Und ich will betonen: Metallerrinnen und Metaller, die heute noch Waffen oder anderes militärisches Gerät bauen, würden lieber heute als morgen zivile Güter herstellen. Wenn eine Reduzierung oder der Ausstieg aus der Rüstungsproduktion aber praktisch gelingen soll, sind zeitliche Puffer, Mittel für Qualifizierung sowie für Forschung und Entwicklung notwendig.

Wohlstand und Arbeitsplätze hängen in diesem Land nicht von der Rüstungsindustrie und dem Export von Waffen ab. Gesamtwirtschaftlich betrachtet machen sie weniger als 0,3 Prozent des gesamten deutschen Exports aus. Da müssen wir uns ganz andere Sorgen machen, wenn es heute um die Digitalisierung oder Dekarbonisierung der Wirtschaft geht. Da steht viel mehr auf dem Spiel. Aber auch hier sind ein kühler Kopf im Umgang mit diesen Veränderungsprozessen

sen und klare politische Rahmenbedingungen gefragt.

Der Weg hin zu Konversion und zu zivilen statt militärischen Gütern kann aber nur mit den Beschäftigten, nicht gegen sie entwickelt werden. Was dabei fehlt ist der entschiedene Wille der Politik, Rüstungskonversion wirklich ernsthaft zu betreiben und zu begleiten. Umso wichtiger sind Leuchtturmprojekte für regionale Konversion. Nur ein Beispiel: Das Bündnis „Jena entrüstet sich“, in dem unsere Geschäftsstelle, die IG Metall vor Ort, aktives Mitglied des Trägerkreises ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

aus Sicht der IG Metall ist Konversion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht nur die Produktionsumstellung in einem Betrieb. Deshalb sind die bisher aufgelegten Fonds vor allem eins: Viel zu klein und zu begrenzt in ihrer Ausrichtung. Und wir müssen die generelle Wende zu ziviler und mitbestimmter Produktion schaffen. Das Eine ist ohne das Andere kaum möglich!

Genauso falsch wie es einerseits ist, das „Mantra der Arbeitsplätze“ in den Mittelpunkt zu stellen, wäre es, die Bedürfnisse der Beschäftigten gering zu schätzen oder sie in die Schmutzdel-Ecke zu stellen. Ich bin überzeugt: Wir können die Probleme, die es auf unserer Erde gibt, nur zivil lösen. Dafür müssen wir das Militärische stoppen, und zwar überall! In den Köpfen, in den Medien und in der Politik. Und wir wollen die Konversion mit neuem Schwung nicht nur zum Thema machen, sondern auch praktisch vorantreiben.

Abrüsten statt Aufrüsten, das ist die vordringliche Aufgabe für uns alle!

Wir wollen „Sicherheit neu denken“ und von der militärischen zu einer zivilen Sicherheitspolitik kommen. Dann haben wir auch genug Mittel für die notwendigen Investitionen in die soziale Sicherheit und die entsprechende Infrastruktur.

Wir wissen es alle: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts! <<

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Das war also unser 22. Bundeskongress: Interessante Diskussionen um das Konzept „Sicherheit neu denken“, eine klare Positionierung gegen den politischen Rechtsruck und ein deutliches Zeichen der Offenheit für neue Ideen und eine Verjüngung des Verbands. Damit hatte ich in dieser Deutlichkeit nicht gerechnet – und bin schon ein wenig „stolz“ auf uns! Vielen Dank für den tollen Bundeskongress mit vielen von euch und überhaupt vielen Dank an euch alle: Wir sind alle die DFG-VK und machen die Welt im Rahmen unserer Möglichkeiten friedlicher!

Und das ist auch dringend nötig: Die Invasion der Türkei in Nordsyrien, der noch immer tobende Krieg im Jemen, die allgemeine, massive Aufrüstung zahlreicher Länder...in vielen Regionen bewegt sich die Politik in eine falsche Richtung. Und wir bekommen diese rechten Entwicklungen auch innerhalb Deutschlands zu spüren: Nicht nur durch die Aufrüstung der Bundeswehr, sondern noch viel direkter. Zwar ist unser Verband (auch aufgrund unserer dezentralen Struktur) nicht als gemeinnützig anerkannt, die aktuellen Entwicklungen sind dennoch bedenklich. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) geht massiv gegen zivilgesellschaftliche Initiativen vor, indem mit uns befreundeten Organisationen wie attac, Campact oder der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) die Gemeinnützigkeit entzogen wird. Militaristische Lobbyorganisationen wie die „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik“ und rechte Soldatenvereinigungen wie Uniter (der Verein wurde sogar von einem Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Ba-

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK, regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.
Kontakt: svg@dfg-vk.de



den-Württemberg gegründet) bleiben hingegen unangetastet. Zeitgleich stößt Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) gerade eine erneute Debatte um eine allgemeine Dienstpflicht an – die ihr als Verteidigungsministerin am Ende neue Rekrutinnen und Rekruten bringen soll: Die neuen Panzer und anderen Waffen, die im Rahmen der Aufrüstung beschafft werden, müssen auch besetzt werden.

Falsch wäre, an all diesen Entwicklungen zu verzweifeln. Aber Ohnmacht war auch noch nie ein Zeichen unserer Organisation: Viel mehr waren unsere Mitglieder umso kämpferischer, je härter die Debatten wurden. Jüngst sah ich eine Dokumentation über unser Mitglied Emil Julius Gumbel, der als Professor für Mathematik und politischer Pazifist den Nazis die Stirn bot. Wir stehen in dieser Tradition. Aufgeben kommt nicht in Frage. Das haben die auf „Zukunft“ ausgerichteten Entscheidungen beim Bundeskongress ebenfalls unterstrichen. Die Delegierten haben vor allem der Wahl des neuen, verjüngten BundessprecherInnenkreises einen Weg beschritten, der sicher spannungsvoller als ein „weiter so“ ist. Aber ein „business as usual“ können wir uns auch nicht mehr leisten: Weder verbandsintern, noch politisch. Es sind bewegte Zeiten. Und wir bewegen sie mit. <<

(Keine) Kampfdrohnen für die Bundeswehr

Vom Fliegerhorst Jagel bei Schleswig geht bereits heute Krieg aus

Von Detlef Mielke

Seit 2010 bedienen Soldat*innen aus Jagel Großdrohnen vom Typ *Heron 1* über Afghanistan. Die gesammelten Daten, meist Bilder, werden dort für den Nato geführten Krieg benutzt.

Seit 2016 sind Bundeswehrosoldat*innen aus Jagel mit ihren Großdrohnen in Mali am Krieg beteiligt. Die dort gesammelten Daten werden via Satellit „in Echtzeit“ nach Gelsdorf bei Bonn übermittelt und gelangen per Glasfaserkabel weiter nach Jagel. Dort werden sie von Bildauswerter*innen der Bundeswehr aufgearbeitet, damit sie für militärische Lagebilder

Auch eine Staffel mit *ECR-Tornados* für die „Ausschaltung“ gegnerischer Radarstellungen mittels Raketen ist in Jagel stationiert. Sie hat schon 1991 bis 2001 im Krieg gegen Jugoslawien getötet (damals noch von Lechfeld in Bayern aus). Eine weitere Staffel ist spezialisiert auf Seekriegsführung aus der Luft.

Seit April 2017 werden alle *Tornado*-Piloten der Bundeswehr in Jagel ausgebildet – auch die für die Atomwaffen in Büchel, 2017 wurde die Schule für abbildende und signalerfassende Aufklärung nach Jagel verlegt.

G-Heron TP bis zu 26 Stunden in der Luft bleiben.

Das Waffensystem *G-Heron TP* wird mit Rücksicht auf die SPD, die um den Verlust von Wählerstimmen fürchtet, erst einmal ohne Munition angeschafft. Alle technischen Voraussetzungen für eine Bestückung mit Raketen oder „Subdrohnen“ sind aber mitbestellt und werden eingebaut. Auch die Schulung für die Waffenbedienung ist vertraglich vereinbart, und die Ausbildung wurde bereits eingeleitet. Die Munition kann innerhalb von zwei Monaten geliefert werden.

Vernetzte Operationsführung.

Eine isolierte Betrachtung von Kampfdrohnen im Sinne eines Tötens per Mausklick halten wir für unzureichend, manchmal sogar für irreführend. Ohne eine vorherige Ausspionierung von Zielen, ohne den schnellen Datentransport über Satellitenverbindung, ohne die Datenauswertung und den Abgleich mit Daten aus anderen Quellen, ohne eine Zusammenarbeit von Kampfeinheiten funktioniert ein drohnen-gestützter Krieg mit Flugrobotern wie der *G-Heron TP* nicht.

Mit dieser Analyse unterscheiden wir uns von anderen Sichtweisen auf den Drohnenkrieg, auch innerhalb der DFG-VK. Bei der Bundeswehr wird dieses Zusammenspiel von unterschiedlichen Datenquellen und Waffensystemen „Vernetzte Operationsführung“ genannt. Um diese Zusammengehörigkeit herauszuarbeiten, haben wir im Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein 2016 die Broschüre „Geheime Kriege“ veröffentlicht, in der Elektronische Kampfführung, Cyberkrieg und Drohen gemeinsam betrachtet werden (<http://www.bundeswehrrabschaffen.de/cms/bwabschaffen/broschueren/abcde.htm>).



Foto: DFG-VK Hamburg/Schleswig-Holstein

„Lebenslaute“-Konzert: antimilitaristischer Protest mit klassischer Musik

in Mali verwendet werden können. Per Satellit gelangen sie wieder nach Mali. Wer sie dort benutzt, ist bisher nicht veröffentlicht.

ECR-Tornados (Electronic Combat Reconnaissance) spionieren den Raum zwischen Persischem Golf und östlichem Mittelmeer aus. Die Bundeswehr nennt das in ihrer Tarnsprache verharmlosend „Aufklärung“. Sie tragen *Recce-Lite*-Behälter (Reconnaissance Litening Targeting), die sowohl zum Ausspionieren als auch zur Zielmarkierung geeignet sind. Alle *Tornados*, die von Jordanien aus über dem Irak und Syrien Daten sammeln, sind bewaffnet.

Die Bundeswehr wird 2021 mit Kampfdrohnen vom Typ *G-Heron TP* verfügen. Seit Februar 2019 werden Soldat*innen aus Jagel in Israel an dem neuen Flugroboter zu Drohnenpilot*innen und Waffensystemoffizier*innen ausgebildet. Das *G* vor *Heron TP* steht für Germany. Die *G-Heron TP* ist eine speziell für die Bundeswehr weiterentwickelte Baureihe. Mit 13 Meter Länge und 26 Meter Spannweite ist sie deutlich größer als die zurzeit in Afghanistan und Mali benutzte *Heron 1*. Bei einer Nutzlast von 1800 Kilogramm kann sie zusätzlich zur Allwetter-sensorik vielfältig bewaffnet werden. Je nach Nutzlast kann eine

Einige Elemente der vernetzten Operationsführung zeigt der sehr empfehlenswerte Film *National Bird* (<https://www.youtube.com/watch?v=-EsrRVb4weg>) über die drei ProtagonistInnen. Haether ist Videoanalytikerin (im Bundeswehrsprech Bildauswerterin), Daniel hat im Bereich Sigint (Signals Intelligence) gearbeitet (elektronische Aufklärung, ein Teilbereich von Eloka). Lisa war für weltweite Datensammlung und -koordination zuständig (im Cyber- und Informationsraum).

Ein regionales Netzwerk friedenspolitisch Aktiver aufbauen. Ende 2014, als die damalige Verteidigungsministerin von der Leyen die Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffnungsfähigen Drohnen verkündete, war uns im Landesverband klar, dass Jagel bei Schleswig der Heimatstandort werden würde.

Wir entschieden im März 2015, Jagel ins Zentrum unserer regionalen Arbeit zu stellen. Uns war klar: Kaum jemand südlich der Elbe weiß, wo Jagel liegt, und aus dem Rest der Republik würde kaum jemand regelmäßig dorthin kommen. Teil unserer Strategie wurde der Aufbau eines regionalen Widerstands. Wir wollten Menschen ansprechen, die lieber Aktionen machen und die Bevölkerung ansprechen, als auf Sitzungen herumsitzen. Ein regionales Netzwerk war ein Ziel.

Ein weiteres strategisches Ziel war, Jagel als Ort des Drohnenkrieges der Bundeswehr in der Friedensszene bekannt zu machen. Wir wollten Begriffe beeinflussen, um zu verdeutlichen, worum es geht. Was die Bundeswehr-Aufklärung nennt, bezeichnen wir konsequent als Spionage, die Soldat*innen aus Jagel nennen wir Spione, wenn sie im Irak, in Syrien, Afghanistan oder Mali eingesetzt werden. Was die Bundeswehr Einsätze nennt, bezeichnen wir als Krieg.

Unsere konkreten Aktionen. Im Juli 2015 begannen wir mit einer ersten Fahrradtour um den Fliegerhorst

Jagel. Seitdem organisierten wir etwa 10 Aktionen und Mahnwachen pro Jahr am Haupteingang zum Fliegerhorst. Dokumentiert sind die meisten auf der Homepage unseres Landesverbandes: www.jagel.bundeswehr-abschaffen.de

Mal sind wir nur 12 Personen, mal 100 bei den Ostermärschen. Die größte und aufwändigste Aktion war die mit der Gruppe *Lebenslaute* im Sommer 2017 (www.lebenslaute.net/?page_id=3392). Die Blockade war in allen Lokalzeitungen in Schleswig-Holstein auf Seite 1, Rundfunk und Lokalfernsehen berichtet. Der Fliegerhorst war für drei Stunden dicht, Soldat*innen kamen nicht mit ihrem Pkw durch und mussten nach Räumungen durch Polizei mit Bussen hineingefahren werden. Ein kurzer Film der Aktion von *Graswurzel-TV* ist unter www.youtube.com/watch?v=5oWqibUKr2c zu sehen. Auch auf dem Youtube-Kanal der DFG-VK (<https://www.youtube.com/channel/UCzEmBuE-BuaxS2mj9Rqu22Kw/videos>) gibt es weitere filmische Eindrücke von Aktionen.

Was wir bisher erreicht haben.

Jede unserer Aktionen steht unter einem inhaltlichen Thema, es gibt immer einen Kurzvortrag am „Tor zum Tod“. Wir informieren uns gegenseitig, um inhaltlich sicher zu sein. Die Einladungen zu den Mahnwachen enthalten einen Teil der Infos aus den Vorträgen und erreichen inzwischen einen großen regionalen Verteilerkreis.

Es gibt regional meist nur kleine Presseankündigungen, aber wir stellen fest, dass anscheinend Redakteur*innen der Lokalzeitungen von uns gesetzte Themen recherchieren. Nicht selten tauchen unsere Informationen später in redaktionellen Artikeln auf.

Auf allen Ostermärschen in Hamburg und Schleswig Holstein haben wir die Kriegsbeteiligung der „Immel-

männer“ aus Jagel in Reden und mit Infomaterial verbreitet. In vielen Kleinstädten in Schleswig-Holstein organisierten wir Veranstaltungen oder wurden von lokalen Friedensgruppen dazu eingeladen. Dort thematisierten wir Jagel als Standort, der den Drohnenkrieg der Bundeswehr betreibt. In Hamburg und Schleswig-Holstein ist der Standort Jagel inzwischen ein Begriff. Das Geschwader kann seine Kriege nicht mehr unbemerkt von der Öffentlichkeit führen.

Jede Mahnwache in Jagel ist ein Vernetzungstreffen, sozusagen unser DFG-VK-Landestreffen.

Es kommen aber auch regelmäßig FreundInnen von Attac, FlifF (Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung), einigen Friedensgruppen, Antifa-Gruppen, Parteien aus Schleswig-Holstein und seit Ostern Jugendliche aus loka-



Foto: DFG-VK Hamburg, Schleswig-Holstein

Das „Klimakiller Bundeswehr“-Transparent ist im DFG-VK-Shop erhältlich

len Gruppen von Fridays for Future. Bei unseren Aktionen werden Materialien weitergegeben, Aktionen in Schleswig-Holstein verabredet, Beschlüsse über weitere Aktivitäten und Materialerstellung gefasst. Für uns gehen von Jagel auch friedenspolitische Aktionen aus.

Wir wünschen für einen Erfahrungsaustausch Kontakt zu DFG-VK-Gruppen, die kontinuierlich zu einem Bundeswehrstandort arbeiten.

Detlef Mielke ist seit vielen Jahren aktiv im DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein. <<

„Die Russen stehen doch nicht mit dem Dolch quer zwischen den Zähnen an der Grenze“

Interview mit Jürgen Rose von der kritischen SoldatInnengruppe Darmstädter Signal

Herr Rose, was läuft gut in der Bundeswehr?

Schwierige Frage. Nicht ganz schlecht ist die Tatsache, dass die Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen nachgelassen hat. Ich beobachte, dass die Bemühungen von unserer Seite, also der Soldaten des *Darmstädter Signals*, eine gewisse Auswirkung hatten.

Nachdem ich mich im Jahr 2007 geweigert hatte, den Einsatz von Tornado-Kampfflugzeugen in Afghanistan logistisch zu unterstützen, da erschien etwas später ein Artikel in der Süddeutschen Zeitung mit dem Titel „Die Angst vor der Massenverweigerung“. Der Autor – Hans Rühle, ehemals Chef des Planungsstabs – malt da ein Horrorgemälde von lauter verweigernden Bundeswehrsoldaten, was natürlich völlig überzeichnet war; aber er kommt zu der Einsicht, dass Soldaten ein Gewissen haben dürfen, dass das auch höchstrichterlich verbrieft ist, und dass deswegen sichergestellt werden muss, dass Bundeswehreinsätze auf dem Boden von Recht und Gesetz, das heißt also Grundgesetz und Völkerrecht, stehen.

Meine Beobachtung ist, dass seither die Bundesregierung geradezu akribisch bemüht ist, sich an die rechtlichen Voraussetzungen zu halten, also insbesondere, dass ein Mandat des UN-Sicherheitsrates vorliegt und dass die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt sind; das heißt insbesondere, dass die Zustimmung des Bundestags eingeholt wird.

Das ist für mich eine positive Entwicklung bei aller verbleibenden Kritik an der Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit von Militäreinsätzen.

„Alles gut“ also mit dem Militär?

Was nach wie vor ein demokratiepolitischer Skandal allerersten Ranges ist, das ist die Tatsache, dass nach wie vor eine reine Exekutivtruppe in Gestalt des Kommandos Spezialkräfte, kurz KSK, in Calw existiert, die, völlig unzulänglich durch die Öffentlichkeit kontrolliert, bewaffnete Einsätze weltweit durchführt, die wir mit unseren Steuergeldern bezahlen. Und wir tragen letztlich auch das Risiko für diese Gewalt, die da exzessiv ausgeübt wird.

Erst neulich konnten wir das bei der Hinrichtung von Abu Bakr al-Baghdadi in Syrien beobachten, als amerikanische Henker in Gestalt der Delta Force tätig waren. Das sind Spezialtruppen, die die USA ständig rund um den Globus schicken und die im Auftrag der USA morden und entführen, Anlagen sprengen und sonstige Dinge tun, die allesamt illegal und völkerrechtswidrig sind. Und daran beteiligen sich die sogenannten Verbündeten mit dem britischen SAS, französischen Spezialkräften und eben auch dem KSK.

Das KSK ist also ein Teil der Bundeswehr, der ohne jede gesetzliche Kontrolle agiert?

Das wäre überzogen. Es wird ja immer reklamiert und bekräftigt, dass es sich bei der Bundeswehr um eine Parlamentsarmee handelt.

Die Aussagen, die das Bundesverfassungsgericht 1994 getroffen hat, die findet man ja nicht so klar im Grundgesetz. Das heißt, das Verfassungsgericht ist damals seiner Aufgabe gerecht geworden und hat klar gestellt, wie militärische Einsätze gestaltet sein müssen. Und das heißt insbesondere, dass das Parlament in öffentlicher Debatte ein Mandat der

Bundesregierung diskutiert – und zwar bevor die Truppen losgeschickt werden. Da liegen die Parameter klar fest, also Umfang, Auftrag, Finanzausstattung usw. Das Parlament kann über Details nicht bestimmen und das Mandat nicht verändern, doch am Ende stimmt der Bundestag zu – oder nicht. Und genau das findet beim KSK so nicht statt!

Es gibt keine öffentliche Debatte, es gibt keine Mandatserteilung, weder vor einem Einsatz noch hinterher. Das KSK ist also kein Teil der Parlamentsarmee, es ist eine reine Exekutivtruppe, vielleicht eine Exekutionstruppe mitunter, die durch die Bundeswehrführung in Gestalt der Spitzengeneralität und die Verteidigungsministerin in den Einsatz geschickt wird, und hinterher werden je nach Gusto die sicherheitspolitischen Obleute der Fraktionen informiert – oder eben auch nicht.

Was allerdings passiert, das ist die Bereitstellung der verfügbaren Mittel durch den Bundestag und seine Ausschüsse. Rein theoretisch könnten diese Mittel auch reduziert werden; das passiert aber nicht, und so erfreut sich das KSK bester personeller und finanzieller Bedingungen. Es wird ja auch immer wieder als „Speerspitze der Bundeswehr“ bezeichnet.

Wie bewerten Sie die Positionen der neuen Verteidigungsministerin – Stichwort 2-Prozent-Ziel der Nato oder Einrichtung eines Sicherheitsrates mit umfassenden Befugnissen?

Hier wird das Grundproblem der deutschen Sicherheitspolitik deutlich, die ja völlig vernetzt und verhakt ist mit der Nato und sich in kompletter Abhängigkeit von ihr befindet.

Das wurde ganz deutlich, als vor Kurzem erst Präsident Macron völlig zu Recht vom „Hirntod der Nato“ sprach. Denn wenn es auf diesem Planeten eine Institution gibt, die völlig überflüssig ist, dann ist es diese Nato. Und wenn dann die Bundeskanzlerin eifertigst versichert „Nein, nein, die Nato ist ganz und gar unersetzlich“, dann zeigt das eben, dass Deutschland nach den Vorgaben aus Washington im Gleichschritt marschiert, anstatt – wie Macron das fordert – eine eigenständige Alternative in Europa aufzubauen.

Es zeigt sich eben auch an diesem Beispiel, dass im ganzen Bereich der Sicherheitspolitik die Transatlantiker nach wie vor den Ton angeben. „Natomaniacs“ nenne ich die immer. Und in der Nato gibt eben die Schurkensupermacht USA den Ton an, und diese USA betreiben eine durch und durch gewalttätige und militarisierte Außenpolitik. Das vollzieht sich unter verschiedenen Präsidenten in unterschiedlicher Intensität, war aber zuletzt unter Obama besonders schlimm – Stichwort Drohnenkrieg. Friedensnobelpreisträger Obama ist ein Massenmörder, was den Drohneinsatz betrifft.

Der gegenwärtige Präsident ist in dieser Hinsicht sehr viel zurückhaltender, auch wenn einem die Art seiner Amtsführung nicht gefallen muss. Andererseits sind unter Trump die Special-Forces-Einsätze noch intensiviert worden. Man muss sich klar machen: Rund um die Uhr sind etwa 8000 Angehörige der Special Forces weltweit unterwegs, um irgendwelche Aufträge auszuführen, im Jemen, in Somalia, wo auch immer. Ein Stück weit hat sich das Pentagon da völlig selbstständig, ein US-Präsident, selbst wenn er wollte, kann da nicht so einfach von jetzt auf gleich die Bremse reinhauen in diese Art militarisierter Außenpolitik.

Kommen wir zum Darmstädter Signal. Wie ist es dazu gekommen, dass ausgerechnet im derzeitigen politischen Umfeld bereits im Herbst 2018

zu vernehmen war, dass das Darmstädter Signal kurz vor der Auflösung stehe? Brauchen wir nicht gerade jetzt eine kritische Stimme wie die des Darmstädter Signals?

Über die Anfänge des Darmstädter Signals 1983 kann ich nichts sagen, da war ich noch nicht dabei.

Aber schon in den 1990er Jahren war es durchaus so, dass wir in ganz kleinen Zirkeln unsere Tagungen abhalten mussten. Die Idee war die, dass wir unsere Wochenendtagungen über die ganze Republik verteilt an Garnisonsorten abhalten wollten, um die Soldaten vor Ort anzusprechen.

Das hat aber nie wirklich funktioniert, weil an jedem Freitag die Nato-Rallye aus den Kasernen losraste und wir am Ende alleine da waren, weil sich kaum jemand auch noch am Wochenende mit Sicherheitspolitik befassen wollte, dazu noch in einer als linksextremistisch verschrienem Orga-

nisation, also linke Spinner in der Bundeswehr. Das Interesse war nahe null, so dass wir schon immer ein Problem hatten, aktive SoldatInnen für unseren Kreis zu gewinnen. Das Problem hat sich in den letzten Jahren dann noch verschärft.

Weil die Wehrpflicht ausgesetzt worden ist?

Nicht nur deswegen. Das Problem ist, dass die Bundeswehr früher viel größer war, rund 500000 Mann in Zeiten des Kalten Krieges, das ist eher der entscheidende Punkt. Wir laufen da gewissermaßen parallel mit der Friedensbewegung in der Zivilgesellschaft.

Also wie zum Beispiel die DFG-VK ...

Ja, oder wie der Krefelder Appell, von dem redet heute keiner mehr. Immerhin, das Darmstädter Signal, dessen »

Im September 1983, also genau zu der Zeit, als die Friedensbewegung ihre Aktionen gegen die sogenannte Nachrüstung der Nato durchführte, beschlossen 20 Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr bei ihrem ersten Treffen in Darmstadt einen friedenspolitischen Aufruf, das *Darmstädter Signal*.

Sie wandten sich nicht nur gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in West- und Osteuropa, sondern forderten eine kleinere, nicht angriffsfähige Bundeswehr und den Abbau aller Massenvernichtungsmittel auf deutschem Boden und weltweit. Für die Soldaten der Bundeswehr sollte das „Leitbild vom Staatsbürger in Uniform“ endlich verwirklicht werden.

Bis heute ist das Darmstädter Signal das einzige kritische Sprachrohr aktiver und ehemaliger Bundeswehrangehöriger sowie der Zivilbeschäftigten. Pazifisten sind die Mitglieder dieser Vereinigung zwar nicht, aber viele ihrer Positionen werden in Friedensorganisationen Zustimmung finden: absoluter Vorrang nichtmilitäri-

scher Konfliktbewältigung, Stärkung der UN und der OSZE, strikte Einhaltung des Völkerrechts, weltweiter Abbau der Massenvernichtungsmittel, Abzug der Atomwaffen aus Büchel, Stopp aller Rüstungsexporte.



Jürgen Rose, Jahrgang 1958, war bis zu seiner Pensionierung 2018 Offizier der Bundeswehr, zuletzt im Rang eines Oberstleutnants.

Mit Jürgen Rose sprach für die *ZivilCourage* Ernst Rattinger.

» Gründung durch den Krefelder Appell inspiriert wurde, das existiert noch.

Aber der Punkt ist einfach der: Die Leute waren am Anfang der 80er Jahre, als man die Raketen in ihre Vorgärten stellte, einfach alarmiert und persönlich betroffen und viele sagten sich: Da müssen wir allmählich den Hintern hochkriegen. So wie heutzutage die Jugend bei Fridays for Future sagt: Klimakrise, das ist etwas, das uns berührt. Und dann werden die Leute aktiv.

Was das Friedensthema angeht, so ist die Wahrnehmung doch die: Der Kalte Krieg ist vorbei, der allgemeine Frieden ausgebrochen, eine Bedrohung wird nicht mehr registriert. Es gibt auch keine ...

Russland? Ukraine? Krim?

Aaach! Ja, die Nato zieht das hoch oder produziert das ja durch den Putsch in der Ukraine zum Teil auch noch selber, also sie schafft sich ihre eigenen Bedrohungen, um sie dann nachher ausnutzen zu können.

Und das merken ja auch die Leute, dass die Russen nicht mit dem Dolch quer zwischen den Zähnen an der deutschen Grenze stehen. Das glaubt ihnen doch keiner, auch wenn die Balten mit ihrer Sicherheitsparanoia die Furcht vor Russland schüren.

Putin hat sicher viele Probleme, aber nicht vor, das Baltikum zu besetzen oder in Polen einzufallen, das ist absolut absurd. Und wir in Mitteleuropa sind von all den Krisen noch weiter entfernt. Der Krieg findet in Syrien statt oder noch weiter weg. Und das sehen die Leute und haben keinen Anlass, sich in friedenspolitischen Organisationen zu betätigen, ob das nun

die DFG-VK ist oder die paar Leute, die hier in München Aktionen gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz durchführen. Das ist immer ein kleines Grüppchen unentwegter Aktivistinnen, aber die ziehen, salopp gesagt, auch keinen toten Hering vom Teller.

Und Sie schaffen das?

Nein, uns als Darmstädter Signal geht es ganz ähnlich. Das ist sozusagen die Friedensdividende negativer Art, die wir da einstreichen, aber das ist auch gut so, denn ich möchte ja nicht die Zustände wieder haben, die in Hochzeiten der nuklearen Abschreckung geherrscht haben.

Wir hatten damals in Mitteleuropa die am dichtesten militarisierte Zone der Welt, aber das ist ja nicht mehr der Fall. Durch den Mangel an unmittelbarer Betroffenheit geht uns der Nachwuchs aus. Und dann muss man sehen, dass durch die massive Verkleinerung der Bundeswehr das Reservoir, aus dem heraus jemand zu uns kommen könnte, auch viel kleiner ist.

Und dann ist diese Bundeswehr eine Freiwilligenarmee, was dazu führt, dass diejenigen, die zur Bundeswehr gehen, schon eine andere Grundüberzeugung mitbringen. Da sind solche, die aus voller Überzeugung zur Bundeswehr gehen, die haben keine Veranlassung, sich dem Darmstädter Signal anzuschließen. Und andere gehen hin, weil sie erwarten, dort eine tolle Berufsausbildung zu bekommen und dabei gutes Geld zu verdienen.

Ein weiterer Grund ist, dass sich Leute der jüngeren Generation kaum in bestehende Strukturen einbinden wollen. Die leben in ihren „asozialen“ Netzwerken, sie leben in Matrixorgani-

sationen, machen Projekte und dann ist es auch wieder vorbei. Das findet man überall: bei den Parteien, den Gewerkschaften, NGOs; alle klagen über Nachwuchsprobleme. Man „rottet“ sich in Bewegungen zusammen, solange „Action“ da ist; und irgendwann läuft sich das tot.

Welche Folgerungen hat das Darmstädter Signal nun gezogen?

Unser letzter aktiver Soldat im Vorstand des Signals, Florian Kling, war Offizier auf Zeit, und es war klar, dass er mit seinem Ausscheiden aus dem Dienst sich ganz auf seinen Zivilberuf konzentrieren musste.

So entstand die Frage: Wie machen wir dann weiter? Zunächst zeichnete sich keine Lösung ab und es entstand dann die Idee, den Arbeitskreis aufzulösen, weil wir ohne aktive Soldaten gewissermaßen ein Veteranenverein waren. Am Ende des Entscheidungsprozesses wurde dann doch mit großer Mehrheit beschlossen, dass der Arbeitskreis weiterhin Tagungen zu sicherheitspolitischen Themen durchführen wird. Den großen Förderkreis, also unseren eingetragenen Verein, leite künftig ich selbst mit Matthias Engelke als Geschäftsführer.

Wir werden also weiterhin unsere Tagungen veranstalten und verstärkt versuchen, aktive SoldatInnen anzusprechen. Bei unserer vorletzten Tagung hat das auch wieder geklappt. Nach gegenwärtiger Planung wird im kommenden Jahr eine unserer Tagungen in der Gegend von Büchel sein, wenn dort wieder Aktionen der Friedensbewegung stattfinden. Also kurz: Das Darmstädter Signal ist wieder in ruhigem Fahrwasser. <<

Infos zum Mali-Konflikt

In Mali findet der umfänglichste und gefährlichste Auslandseinsatz der Bundeswehr statt. Nach dem Tod französischer Soldaten dort erhöht sich der Druck, ihn – robust – auszuweiten. Lesenwert zu Mali ist die hervorragende Dokumentation der Tagung „Wege aus der Gewalt?“ von

Fokus Sahel herunterzuladen unter <https://www.fokussahel.de/veroeffentlichungen>

Die Dokumentation weist ihrerseits auf zwei spannende Links hin: <https://www.boell.de/de/2018/01/31/viel-militaer-weniger-sicherheit>

Und unter <https://www.crisisgroup.org/africa/sahel/mali/276-speak>

king-bad-guys-toward-dialogue-central-mali-jihadists hat sich die bekannte Denkfabrik *International Crisis Group* dieses Jahr für Gespräche mit dschihadistischen und bewaffneten Gruppen ausgesprochen.

Zusammengestellt von
Thomas Carl Schwoerer

„Rentner-Band“ rockt Ostwestfalen-Lippe

Neugegründete Regionalgruppe startet durch

Von Bernd Oberschachtsiek

Darf man sich eigentlich in einem *ZivilCourage*-Artikel im Titel selbstironisch und etwas übertreibend auf die Schippe nehmen? Vor allen Dingen, wenn es einen wahren Kern hat?

Denn es stimmt ja, die meisten Aktiven der neuen gegründeten DFG-VK-Regionalgruppe Ostwestfalen-Lippe (OWL) sind inzwischen in Rente. Und wir hauen in der Region ganz ordentlich auf die Pauke, sind weithin zu hören und harmonisieren miteinander, meist im gleichen Rhythmus.

Unser Alter hat allerdings auch seine Vorteile: Wir können über unsere Zeit flexibler verfügen als Berufstätige, verfügen über reichlich Berufserfahrung und vor allem, über umfangreiche Erfahrungen in Friedensorganisationen, Parteien, Gewerkschaften, Basisinitiativen und Bündnissen. Viele waren in den 70er, 80er und 90er Jahren in der DFG-VK aktiv.

So fing es an. Im Februar 2018 trafen sich zehn DFG-VKler und Friedensfreund*innen in Herford, die in der Region aktiv werden wollten. Hauptmotiv: die friedenspolitischen Entwicklungen waren äußerst beunruhigend, die zunehmende Kriegsgefahr, die Kündigung des INF-Vertrags, Auslandseinsätze der Bundeswehr, zunehmende Militarisierung der Gesellschaft usw. (siehe Kasten „Warum bin ich aktiv geworden?“ auf der nächsten Seite).

DFG-VK-Gruppe Ostwestfalen-Lippe (OWL); Treffen jeden 2. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Bürgerzentrum „Haus unter den Linden“, Unter den Linden 12, 32052 Herford
Kontakt: Irmgard Pehle, Telefon 05221/34 88 46; Rolf Reinert, Telefon 05732/68 42 22
E-Mail: owl@dfg-vk.de



„Rentner-Band“ aus OWL: jung im Herzen und aktiv – Mitglieder der DFG-VK OWL mit Bündnispartnern

Aus den ersten Treffen ergaben sich Aktionen, wie z.B. die Teilnahme am Ostermarsch 2018, am Antikriegstag und an „Blumen für Stukenbrock“ am Sowjetischen Soldatenfriedhof in Schloss Holte-Stukenbrock. Außerdem wurden eine Veranstaltung mit Lühr Henken vom Friedensratschlag zum Thema „Aufrüstung ohne Ende“ im September sowie eine Aktion im November 2018 im Rahmen der Kampagne „Abrüsten jetzt!“ gestartet. Darüber hinaus gingen wir zu mehr als 15 Veranstaltungen befreundeter Organisationen und warben für „Abrüsten jetzt“. Die Unterstützung durch den NRW-Landesgeschäftsführer Joachim Schramm half uns über die ersten Hürden. Diese Erfahrungen hatten eine starke Innenwirkung, schweißten uns zusammen und führten zur offiziellen Gründung der DFG-VK OWL am 9. Januar 2019.

Arbeitsstruktur. Uns war von Anfang an klar, dass wir uns anders als die befreundeten Friedens- und Bündnisor-

ganisationen eine feste Arbeitsstruktur geben mussten: Jeden zweiten Mittwoch im Monat treffen wir uns im Bürgerzentrum „Haus unter den Linden“ in Herford, das uns gute räumliche Bedingungen für die friedenspolitische Arbeit bietet (Seminarraum für Gruppentreffen, Veranstaltungsräume für größere Gruppen). Wir legen Koordinator*innen mit einer festen Aufgabenverteilung fest („Wer macht was?“), wobei jede wichtige Aufgabe mit zwei (!) Personen besetzt wurde, falls mal einer aus gesundheitlichen und sonstigen Gründen ausfällt.

Außerdem übernahmen Einzelne federführend die Verantwortung für bestimmte „Friedensprojekte“ (z.B. Herford für den Atomwaffenverbotsvertrag, Tag der Bundeswehr), die dann von der ganzen Gruppe mit unterstützt und begleitet wurden. Zwischen den Gruppentreffen fanden Arbeitstreffen der beteiligten Aktiven nach Bedarf statt, die bestimmte Aktionsprojekte betreuten wie z.B. den Ostermarsch. »

Warum bin ich aktiv geworden?

– Das antworten die Aktiven der Regionalgruppe OWL:

„Das Thema Frieden ist heute wieder wichtiger geworden.“

„Ich habe Bernd getroffen und der hat mich motiviert.“

„Ich habe Friedensarbeit schon vorher gemacht und will mich jetzt auch in der DFG-VK organisieren.“

„Ich denke, die Vorbereitungen für den 3. Weltkrieg haben schon begonnen, ohne dass wir es merken.“

„Für den Frieden aktiv zu sein und etwas zu bewirken, ist mir eine Herzensangelegenheit.“

„Ich war schon immer dabei.“

„Ich habe jetzt als Rentner Zeit für die Friedensarbeit.“

„Ich wollte meinen Ruhestand in Frieden genießen, aber die politischen Ereignisse lassen mich nicht in Frieden.“

Was ist das Charakteristische an der Regionalgruppe OWL?

– Das antworten die Aktiven:

„Jeder übernimmt bestimmte Aufgaben, aber eine einzelne Person ist nicht für alles verantwortlich.“

„Alte Freundschaften leben wieder auf.“

„Unsere Gruppe hat es geschafft, mit anderen befreundeten Gruppen wie selbstverständlich zusammenzuarbeiten und gemeinsam etwas zu schaffen.“

„Wir informieren uns gegenseitig und tragen Infos weiter.“

„Jeder leistet seinen Beitrag zum Gelingen eines Friedensprojektes.“

„Es wird gemeinsam etwas entwickelt.“

„Verabredungen über Aktionen und Veranstaltungen werden zuverlässig eingehalten und werden auch gut umgesetzt. Alles läuft planvoll.“

„Man kann sich aufeinander verlassen.“

„Gruppensitzungen und Veranstaltungen sind durch eine hochstrukturierte Leitung gekennzeichnet.“

*Interviews und Zusammenstellung:
Bernd Oberschachtsiek*

» **Veranstaltungen.** Alle zwei Monate führen wir eine Veranstaltung durch, die wir für uns als interne Fortbildung und für die allgemeine und friedenspolitisch interessierte Öffentlichkeit veranstalten. Dabei treten wir selbst als Referenten auf, laden welche ein oder nutzen verfügbare Filme und Videos als Medien. Sie finden in der Regel in Herford statt.

Das waren die Veranstaltungen in diesem Jahr:

- „Ziele und Aufgaben der Friedensbewegung 2019“ (im Januar mit Joachim Schramm);
- „Frauen – Frieden – Sicherheit“ (im März mit Irmgard Pehle);
- „EU – Friedens- oder Kriegsmacht?“ (mit MdB Kathrin Vogler im Mai);
- „Der vergessene Krieg im Jemen“ (im Juli mit Bernd Oberschachtsiek);
- „Das Atomwaffenkartell“ (im September mit dem gleichnamigen Film der ARD);
- „Sicherheit neu denken“ (im November mit Ralf Becker von der badischen Landeskirche in Detmold);
- sowie außer der Reihe aus Anlass des Beginns des Jugoslawien-Krieges vor 20 Jahren „Es begann mit einer Lüge“ im März (Film mit anschließender Diskussion).

Für 2020 sind diese Themen geplant: „Ziele, Aufgaben und Perspektiven der Friedensbewegung 2020“, „Was bewirkt das Militär bei den Menschen, die als Soldaten eingesetzt werden? (Traumatisierungen)“ und „Das Militär als Klimakiller“.

Wir legen darauf Wert, dass bei Vorträgen und Präsentationen die Informationen nicht an einem vorbeirauschen, sondern dass sie nachhaltig wirken und das Fortbildungsinteresse der Teilnehmer*innen stützen. So gibt es Thesenpapiere, schriftliche Zusammenfassungen oder Hand-outs bei Power-Point-Präsentationen.

Wir hätten uns wegen z.T. umfangreicher Werbemaßnahmen mehr gewünscht, aber zu den Veranstaltungen



Rolf Reinert, Irmgard Pehle und Bernd Oberschachtsiek im

gen kamen zwischen 10 und 30 Teilnehmer*innen. Ausnahme: Die mit 50 Personen sehr gut besuchte November-Veranstaltung in Detmold. Jedenfalls war die Resonanz in den Zeitungen dank unserer Pressearbeit sehr gut. So wurden wir bekannt.

Bündnisarbeit. Viel Zeit wurde aufgewandt, um auf Treffen unserer Bündnispartner wie Friedensinitiative Bielefeld, Friedens- und Flüchtlingsbegleitgruppe Herford, IPPNW, DGB-Kreisverband Herford, Bündnis für Vielfalt Löhne, Bündnis für einen gerechten Welthandel, Initiative „Aufstehen“ Paderborn und weitere präsent zu sein. Zusammen mit der Friedensinitiative Bielefeld organisierten wir 2019 den Ostermarsch Ostwestfalen-Lippe in Bielefeld mit und waren mit Info-Ständen auf den 1.-Mai-Veranstaltungen in Herford, Löhne und Minden präsent. Außerdem führten wir auf unsere Initiative hin zusammen mit DGB, IPPNW, Friedens- und Flüchtlingsbegleitgruppe Herford, Naturfreunde und anderen eine Kundgebung zum Antikriegstag 2019 in Herford durch.

Aktionen und Referententätigkeit. Unter unserer Federführung und mit großem Organisationsaufwand bau-



November 2018 bei der Kampagne „Abrüsten jetzt“

Foto: DFG-VK OWL

Eine Gruppe „am Laufen“ halten.

Zudem müssen viele Interna regelmäßig erledigt werden:

- Aufbau und Pflege einer Mailingliste mit inzwischen mehr als 150 E-Mail-Adressen von DFG-VK-Mitgliedern, Einzelkontakten und Netzwerkorganisationen;
- regelmäßige Rundmails (alle ein bis zwei Wochen) mit Infos, Hinweise zu Aktionen, Veranstaltungen und Terminen, um schnelle Kommunikation und Mobilisierung zu ermöglichen;

- Einrichtung und Pflege eines Kontos und Schaffung einer Finanzgrundlage, Spendenakquise;
- Gruppentreffen als klar strukturierte, meist anstrengende Arbeitstreffen, oftmals werden Protokolle geschrieben, die dann verschickt werden;
- Absprachen zur Zusammenarbeit mit Bündnispartnern.

Förderlich für die friedenspolitische Gruppenarbeit ist sicher auch der Besuch von bundesweiten Veranstaltungen »

Einer erreicht viel...

Man mag es nicht glauben, aber es gibt es tatsächlich: Einer kann doch viel erreichen. Die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ im November 2018 hatte die im Aufbau befindliche OWL-Regionalgruppe nicht in ihren Planungen. Schließlich organisierte ich allein die Rahmenbedingungen für eine Kundgebung auf dem zentralen Alten Markt in Herford: Anmeldung bei der Polizei, Erstellung eines Flyers, Pressemitteilung, Rundmail und all das, was man tut, um einen Infostand aufzubauen. Am Tag der dreistündigen Aktion kamen statt der eingeplanten drei Akteure zu meiner Überraschung über 10 DFG-VKler und friedensbewegte Menschen, um Flugblätter zu verteilen, mit Menschen ins Gespräch zu kommen und Unterschriften zu sammeln. Die Resonanz war für mich überwältigend: die Unterstützung durch andere, die große Zahl der Unterschriften und das positive Feedback. Meine Erklärung für den Erfolg: Durch die Pressearbeit und über den Mail-Verteiler wurden Menschen motiviert und nutzten das „fertige“ Aktionsangebot.

... viele erreichen mehr

Typisch für die Arbeitsweise vermutlich auch anderer Gruppen ist bei uns Folgendes: Jemand fühlt sich verantwortlich für ein einmaliges großes „Friedensprojekt“, die Gruppe begleitet und unterstützt es. Die Ak-

tion zum Tag der Bundeswehr in der Rommel-Kaserne in Augustdorf lief so ab: Detlef Passeick aus Detmold übernahm die Federführung und organisierte die Rahmenbedingungen: Anträge an Behörden und Absprache mit der Polizei, Örtlichkeiten checken, Erstellung eines schriftlichen Aktionsplans, der dann auf den Gruppentreffen besprochen wurde. Die ganze Gruppe machte dann eine Ortsbesichtigung. Wir suchten Kooperationspartner, um die Besucher auf den drei zentralen Parkplätzen mit den Shuttle-Bussen mit Flugblättern und Aktionen zu versorgen, denn von dort wurden die Besucher zur Kaserne gefahren. Unsere Bündnispartner von „Aufstehen Paderborn“ und der „Friedensinitiative Bielefeld“ betreuten zwei Parkplätze, beim dritten bauten wir unseren Stand direkt an dem Zugang zum Shuttle-Bus auf. Wieder erlebten wir, dass friedensbewegte Menschen unser Aktionsangebot nutzten und spontan mitmachten, ohne auf den Vorbereitungstreffen dabei gewesen zu sein. Zum Gelingen der Aktion gehörte sicherlich das Engagement eines Einzelnen, die gesamte Verschriftlichung des Vorbereitungsprozesses, die Transparenz für alle, die gelungene Kommunikation mit befreundeten Bündnisorganisationen und die Unterstützung durch alle Gruppenmitglieder von der ersten Grundidee eines Einzelnen bis zur erfolgreichen Aktion.

Bernd Oberschachtsiek

ten wir am diesjährigen Tag der Bundeswehr am 15. Juni an den drei Zugangsparkplätzen rund um die Kaserne in Augustdorf jeweils große Info-Stände mit unseren Bündnispartnern auf (siehe Kasten rechts). Außerdem erreichten wir nach umfangreichen Vorarbeiten, dass die Stadt Herford unseren Bürgerantrag „Herford für den Atomwaffenverbotsvertrag“ beschlossen hat.

Natürlich waren wir auch Diskussionspartner bei verschiedenen Veranstaltungen wie z.B. die „Die britische Armee in Herford“ und standen als Diskussionspartner in einer Schulklasse einer Realschule zur Verfügung. Wir konnten auch einen Vortrag in einer Kirchengemeinde während der Friedensdekade halten („Warum wird so einer Pazifist und für den Frieden aktiv?“). Innerhalb von zwei (!) Tagen organisierten wir eine Kundgebung mit 80 Teilnehmer*innen zum Einmarsch türkischer Truppen in Nordsyrien. Bei einer Ausbildungsmesse in Minden unterstützten wir eine VVN-Gruppe bei ihrem Protest gegen den Infostand der Bundeswehr. Drei DFG-VKler aus unserer Gruppen nahmen außerdem an der Friedensfahrradtour des DFG-VK-Landesverbandes NRW teil, die in Bielefeld endete.

»gen, Kongressen und Aktionsberatungen, die wichtige Impulse geben können. Unsere DFG-VK-Aktiven nahmen deswegen am Friedensratschlag, überregionalen Aktiventreffen und Friedenskongressen teil.

Die Mitglieder der Gruppen arbeiten produktiv und effektiv zusammen. Wir vertrauen uns und gehen verlässlich miteinander um. Jeder arbeitet in

Praxistipp „Plakate und Sandwiches schnell selbst erstellen“

Unsere Plakate erstellen wir selbst schnell und einfach, ohne großen Aufwand. Man kann die Slogans schnell anpassen.

Material: dicke große Neonpappe 50 x 70 cm im Büro- und Künstlerbedarf, z.B. Farbe rot (Kosten 1,50 bis 2 Euro).

Der Slogan wird mit dem Computer auf ein A4-Blatt quer in Schriftgröße 60 und mehr als Vorlage geschrieben z.B. „Neue Panzer pflegen keine Kranken“. Ein zweites Blatt enthält die zentrale Aussage z.B. „43 000 Millionen Euro für die Rüstung 2019“ und den Hinweis auf die DFG-VK Gruppe. Diese Vorlage wird auf A3 vergrößert. Beide Blätter werden dann etwas getrennt voneinander auf die Neonpappe geklebt.

Schließlich muss man nur noch zwei Löcher am oberen Rand einstanzen oder mit einem Papierlocher eindrücken. Ein durchgezogenes Band hängt man um den Hals, so dass ein „Sandwich-Plakat“ entsteht. Es sieht professionell aus und ist leserlicher als handgemalte Plakate.



seinem Aufgabenbereich zuverlässig, holt sich bei Bedarf Hilfe und Rückmeldung von anderen. Jeder bringt seine besonderen Fähigkeiten mit ein, was von der Gruppe auch Wertschätzung erfährt.

Das Leitungsteam besteht zurzeit aus sechs friedensbewegten Menschen. Weitere DFG-VKler kommen dazu. Bei den Gruppentreffen sind wir zwischen 6 und 10 Personen. Bündnispartner nehmen wie selbstverständlich daran teil.

Aktionen und Veranstaltungen hatten eine starke Innenwirkung: Die Gruppe entwickelte ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl und untereinander persönliche Freundschaften. Wir hätten uns eine stärkere Außenwirkung unserer Aktivitäten gewünscht, werden inzwischen aber als kompetente und zuverlässige Bündnispartner anerkannt und erzielen in der Öffentlichkeit eine stärkere Wahrnehmung.

Regionalitätsprinzip. Als Regionalgruppe haben wir den Anspruch an uns selbst, nicht nur in Herford, sondern in der Region aktiv zu sein, was auch durch eine Veranstaltung in Detmold, dem Ostermarsch in Bielefeld und den Aktionen zum Tag der Bundeswehr in Augustdorf gelang. Allerdings sind unsere Kapazitäten begrenzt, so dass der nördliche Raum von Ostwestfalen von uns bisher wenig erreicht werden konnte.

Schwachstellen. Auch nach fast zwei Jahren friedenspolitischer Arbeit sind wir uns unserer Schwachstellen bewusst. Wir sind eben alt, uns fehlen die Jüngeren, die unsere Arbeit in 5 bis 10 Jahren aufgreifen und fortsetzen. Durch den Kontakt mit dem von jungen Leuten geprägten „Sozialen Zentrum FlaFla“ wollen wir dem entgegenwirken. Ansprechpartner könnte für uns auch die „Fridays for future“-Bewegung sein. Wir sind nicht in den sozialen Netzwerken aktiv und gestalten noch nicht unsere eigene Homepage. Die meisten der aktiven Koordinator*innen des Leitungsteams sind

nicht nur in der DFG-VK aktiv, sondern auch in Gewerkschaften, Parteien, Frauenbewegung und Sportvereinen, was nicht selten für einzelne zu Überlastungssituationen führt. Da müssen wir auch auf uns selbst gut aufpassen. Obwohl wir 2019 sehr viel erreicht haben, nehmen wir uns oft zu viel vor, wobei wir personell und zeitlich nicht alles schaffen können. Müssten wir nicht viel präsenter auf den vielen Ausbildungsmessen mit Bundeswehrbeteiligung sein? Wir haben gute Ideen, die aber mit sehr viel Arbeitsaufwand verbunden sind und deswegen nicht umgesetzt werden konnten. Wir fragen uns auch immer wieder, was wir bewirken und bewirken könnten. Solche Selbstvergewisserungen setzen meist produktive Diskussionen in der Gruppe in Gang, wie wir unsere Arbeit zukünftig gestalten wollen.

Feedback-Kultur. Bei unseren Abschlussbesprechungen gibt es meist eine Feedback-Runde oder auf den Gruppentreffen eine Auswertung stattgefundener Aktionen und Veranstaltungen. Da hört man dann, dass die besuchten Veranstaltungen und Aktionen gut vorbereitet waren, dass jeder persönlich sich inhaltlich weiterentwickelt hat und dass die Friedensarbeit gemeinsam mit anderen Friedensbewegten auch einfach Spaß macht.

Bernd Oberschachtsiek, Jahrgang 1953, gründete 1971 die Gruppe Herford und war dort bis 1993 aktiv. 1983 bis 1990 führte er bundesweite Seminare für ca. 500 KDV-Berater durch. Von 1985-87 war er KDV-Referent im DFG-VK-Bundesvorstand. Sein Buch „Aktiv gegen Oliv. Leitfaden für Kriegsdienstverweigerer“ ist seit 1987 bis 1998 in vielen Auflagen erschienen. 1983 hat er die „4/3 – Fachzeitschrift zu Kriegsdienstverweigerung, Wehrdienst und Zivildienst“ mitinitiiert und als Redakteur und zuletzt als Redaktionsleiter (bis 1993) ehrenamtlich gearbeitet. Beruflich war er bis zu seiner Pensionierung 2016 als Grundschullehrer tätig. Seit 2018 ist er wieder in der DFG-VK aktiv. <<

Neuigkeiten vom International Peace Bureau

Co-Vorsitzender Philip Jennings: Friedens- und Arbeiterbewegung stärker verbinden

Von Guido Grünewald

Am 19. Oktober fand in London die Generalversammlung des International Peace Bureau (IPB) statt, gefolgt von einem Ratsstreffen und einer gemeinsamen Konferenz mit der britischen Campaign for Nuclear Disarmament (CND) zum Thema „Sicherheit: Herausforderungen und Lösungen im 21. Jahrhundert“ am folgenden Tag.

Für Reiner Braun wurde als neuer Co-Präsident neben Lisa Clark (u.a. Vizepräsidentin der italienischen NGO Beati i costruttori di pace) Philip Jennings gewählt. Aus Deutschland zog der DFG-VK-Aktive Stephan Möhrle vom „Global net – stop the arms trade“ neu in den Rat des IPB ein.

2010 Nagasaki ausgewählt und die Ican-Kampagne von Beginn an unterstützt.

Der jüngste Uni-Global-Weltkongress 2018 in Liverpool unterstützte ein Verbot autonomer Waffen und forderte alle Gliederungen auf, bei ihren Regierungen auf die Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags der Vereinten Nationen zu drängen. In einer Begleitbroschüre zum Kongress wurde auf die massive weltweite Überrüstung hingewiesen und formuliert: „Eine stärkere Brücke zwischen Friedens- und Arbeiterbewegung ist wichtig, um die Welt so zu gestalten, wie wir sie wollen.“

gen, wie das damals formulierte Konzept der gemeinsamen Sicherheit (Kernaussagen: Jeder Staat hat ein Recht auf Sicherheit. Anhaltende Sicherheit ist nur miteinander und nicht gegeneinander erreichbar. Militärische Gewalt ist kein legitimes Mittel der Konfliktlösung.) für Europa und Asien wiederbelebt und praktisch gestaltet werden kann.

Die Herausforderung ist riesig. In den 1980er Jahren handelte es sich um eine primär bipolare Welt, während wir heute in einer Übergangsphase mit multiplen Machtkonzentrationen leben. Weitere Änderungen sind u.a. eine (damals noch nicht vorhandene) Cyberwelt oder multiple auseinanderlaufende Wertvorstellungen. Der Workshop-Bericht (<https://aepf.info/wp-content/uploads/2017/08/Narrative-Report-Workshop-on-Challenges-of-a-Common-Security-Policy-in-Eurasia.pdf>) versammelt erste Überlegungen und Ansätze einer Konzeption, ist aber streckenweise auch zu einer Wunschliste geraten. Hier wird noch viel Gedankenarbeit erforderlich sein, wenn aus dem Konzept operationelle Handlungsanleitungen gewonnen werden sollen.

Im September veranstaltete das IPB zusammen mit dem Asia-Europe People's Forum (AEPF) in Berlin einen Workshop zum Thema „Herausforderungen einer Po-

litik gemeinsamer Sicherheit in Eurasien“. Das AEPF entstand 1996 und ist ein interregionales Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen aus Europa und Asien. Parallel zu den alle zwei Jahre stattfindenden ASEM-Gipfeln (Asia-Europe Meeting) von Regierungsvertretern aus Asien und Europa (der nächste wird 2020 in Phnom Penh stattfinden) organisiert es Alternativkonferenzen der Zivilgesellschaft. IPB und AEPF wollen versuchen, den Themenbereich Frieden und Sicherheit stärker in den Fokus zu schieben.

Beim Workshop ging es darum, anknüpfend an den Bericht der Palme-Kommission von 1982 zu überle-

Zum Jahresende war das IPB nochmals aktiv: Am 3. Dezember organisierte das Centre Delàs mit der globalen Kampagne gegen Militärausgaben im Europaparlament einen Workshop zu Rüstungsexporten, der Rüstungsfinanzierung und der Migrationspolitik der EU. Zuvor war das Friedensbüro maßgeblich an der Ausrichtung des Nato-Gegengipfels beteiligt, der am 30. November unter der Parole „Die neue Welt-Unordnung“ in London stattfand.

Guido Grünewald ist internationaler Sprecher der DFG-VK. <<



Mit dem neuen Co-Präsidenten hat das IPB ein politisch-gesellschaftliches Schwergewicht gewonnen. Philip Jennings war fast drei Jahrzehnte Generalsekretär internationaler Gewerkschaftsorganisationen und maßgeblich daran beteiligt, dass durch Fusionen im Jahr 2000 mit der Uni Global Union eine globale Gewerkschaftskonföderation für den Dienstleistungssektor entstand, die in 150 Ländern 900 Gewerkschaften mit mehr als 15 Millionen Mitgliedern vereint.

Philip Jennings hat das Thema Frieden beharrlich auf die Tagesordnung der Uni Global Union gesetzt, als Ort für den dritten Weltkongress

Global betrachtet

Protest trifft Militarisierung – in Chile, Kolumbien, Türkei und anderswo

Von David Scheuing

Auch in diesem Herbst und Winter war wieder viel los. Neben dem Antikriegstag (1. September), der Aktionswoche gegen die Militarisierung der Jugend (23-29. November), dem Tag der internationalen Gefangenen für den Frieden (1. Dezember), Protesttagen gegen Mutlosigkeit in der Klimapolitik (20-27. September/29. November) gab es auch viele traurige Vorgänge: die immer weiter zunehmende politische Gewalt gegen Aktivist*innen in Kolumbien, das Vorgehen der Armee in Chile, der Einmarsch der Türkei in Syriens Norden/Rojava. Es gibt viele Anlässe – von denen ich hier nur ein paar abbilde, die wenig zu sehen waren. In Andenken an die, die für ihr pazifistisches Engagement und ihre Überzeugungen im Knast sitzen oder gestorben sind. Auf ein friedlicheres 2020!

Der türkische Einmarsch nach Syrien und zivilgesellschaftlicher Widerstand. Das Ende der politischen Selbstverwaltung der syrischen Kurd*innen in Rojava (so der Projektname dieses Versuches) durch den türkischen Einmarsch ist über die Tage der schnellen Entscheidungen, der missglückten deutschen „Diplomatie“ (Sicherheitszone) und der unheiligen Not-Allianz zwischen



Kräften und dem Regime von Assad allen wohl durch die Tagespresse bekannt geworden.

Im Schatten der Kriegsvorbereitungen wurden aber auch an anderen

Stellen Protest und Gegenaktionen sichtbar. Im Sommer hatte ich vom Widerstand von Hafnarbeiter*innen gegen Schiffslieferungen von Waffen nach Saudi-Arabien berichtet. Jetzt hatten Aktivist*innen in Bristol zumindest für einige Stunden eine Lieferung von BAE Systems in die Türkei aufgehalten – vor dem Hintergrund des türkischen Vorgehens in Syrien mehr als notwendig.

Fraglich wird sein: Lässt sich die effektive Blockade von Waffentransporten in Europa gut organisieren? Eine neue Taktik könnte entstehen: Solidarität mit Lastwagenfahrer*innen, Dockarbeiter*innen, Kapitän*innen (in der Luft und zur See) und gemeinsame Aktionen gegen Waffenlieferungen.

Mehr zum Türkei-Protest: <https://wri-irg.org/en/story/2019/turkey-activists-take-action-against-arms-shipment-military-operation-begins>

Gleichzeitig wurde in der Türkei gerichtlich gegen die Gesellschaft der Kriegsdienstgegner*innen vorgegangen. Ihr wurde „Entfremdung der Öffentlichkeit vom Militärdienst“ vorgeworfen. Das Vorgehen gegen die Organisation und ihren Twitter-Account lässt sich zeitlich fast nur mit ihrer Kritik am Einsatz in Nordsyrien erklären. Mehr dazu: <https://wri-irg.org/en/story/2019/turkey-co-association-member-and-conscientious-objector-indicted-charges-alienating>

Verknastung in Zentralasien: Kritisiert – und jetzt auch gerichtlich für illegal erklärt. Wie an dieser Stelle schon mehrfach berichtet, werden in Turkmenistan systematisch junge Angehörige der Zeugen Jehovas aufgrund ihrer strikten Gegnerschaft zu Kriegsdiensten verknastet. Nun sind wieder zwei junge Männer in Haft genommen worden. Turkmenistan wei-

gert sich, einen alternativen Dienst einzuführen, trotz entsprechendem Druck auf internationaler diplomatischer Ebene. Hier mehr: <https://wri-irg.org/en/story/2019/turkmenistan-two-more-conscientious-objector-imprisoned>

Im Oktober dagegen entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Falle von fünf Kriegsdienstverweigerern (allesamt Zeugen Jehovas) gegen den Staat Aserbaidschan auf Verletzung des Artikels 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Das Gericht urteilte, dass Aserbaidschan durch seinen Beitritt zum Europarat sich zur Schaffung eines Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung verpflichtet habe und dem nicht nachgekommen sei. Mehr Informationen und das Urteil hier: <https://wri-irg.org/en/story/2019/azerbaijan-echr-judgement-conscientious-objectors-cases>

Griechenland: Fortschritt und Rückschritt. Die griechische Regierung hat vor den Wahlen 2019 noch erste vorsichtige Schritte zur Reform des KDV-Rechtes unternommen – die neue konservative Regierung jedoch nahm einige dieser Änderungen sofort nach Amtsantritt wieder zurück: So wurde die Verkürzung des Zivildienstes auf wenigstens nur die Länge des Militärdienstes wieder zurückgezogen. Zivildienstleistende leisten immer noch bis zu 1,6 mal mehr Dienstzeit ab. Mehr zum Vorfall hier: <https://wri-irg.org/en/story/2019/greece-progress-and-retrogression-conscientious-objectors>

Gegen die Entscheidung protestierten mehrere Organisationen aufs Schärfste. Hier geht es zum offenen Brief des European Bureau of Conscientious Objection (Ebco): <https://ebco-beoc.org/node/456>

Honduras: Statement der WRI gegen versuchte Wiedereinführung von verpflichtenden Militärdiensten. Ende Oktober protestierte die WRI gegen den Versuch der honduranischen Regierung, den verpflichtenden Militärdienst wieder einzuführen. Solche Wiederbelebungen trügen nicht zur Sicherheit im Land bei und wären auch eine Ursache für fortgesetzte Fluchtbewegungen von jungen Menschen aus dem Land. Die WRI erinnerte die honduranische Regierung daran, dass im Falle der Wiedereinführung auch mindestens für einen echten Alternativdienst gesorgt sein müsse. Hier das Statement: <https://wri-irg.org/en/story/2019/war-resisters-international-statement-initiative-reestablish-compulsory-military-service>

Südafrika: Vorerst keine Lieferungen mehr nach Saudi-Arabien. Durch einen Disput über die Waffenexportregulierungen Südafrikas hat es einen einstweiligen Exportstopp nach Saudi-Arabien gegeben. Da Südafrika die Inspektion von Lagerstätten Saudi-Arabiens fordert – um zu garantieren, dass die Waffen nicht an Dritte geraten – und Saudi-Arabien dies ablehnt, werden zunächst keine Waffen mehr exportiert. Rheinmetall Denel Munition hat sich schon beschwert: <https://wri-irg.org/en/story/2019/south-africa-blocks-arms-shipments-saudi-arabia-and-uae>

Passend dazu ein Briefing zur Situation Deutschlands in der EU von urgewald: <https://urgewald.org/shop/deutschland-isoliert>

Lesen

- Neuer Report zur Beteiligung Europas an den Verbrechen im Jemen: Die belgische Organisation Vredesactie hat eine umfangreiche Dokumentation über die Beteiligung europäischer Waffen im Krieg im Jemen zusammengestellt. Daneben stellt die Dokumentation übersichtlich Aufbau und Verlauf des Krieges dar. Sehr zu empfehlen: <https://yemen.armstradewatch.eu/>

- Neue Broschüre zu Kampagnen der Anti-Rekrutierung: Die WRI hat eine neue kleine Broschüre herausgegeben, die verschiedene Beispiele von Anti-Rekrutierungskampagnen weltweit vorstellt. Auch der deutsche Fall wird aufgeführt. Derzeit ist die Broschüre noch nur auf Englisch erhältlich, eine Übersetzung wird vorbereitet. Hier der Download: <https://wri-irg.org/en/story/2019/new-publication-counter-recruitment-campaigns-internationally>

- US-Universitäten: Schulen der Massenvernichtung. Ican hat einen neuen Report zur Beteiligung US-amerikanischer Universitäten an Forschungen zu Atombomben veröffentlicht. Darin werden über 50 Institute benannt, die sich aktiv an der Forschung zur „Verbesserung“ von Atomwaffen beteiligen. Ein erschreckend aufdeckender Report. Hier ist der Download: https://universities.icanw.org/schools_of_mass_destruction

Update zur Situation in West-Papua

Nach dem Interview in der vergangenen Ausgabe der *ZivilCourage* geht die systematische Verfolgung und Unterdrückung von Aktiven in West-Papua weiter. Auf der Homepage des Projektes „Papuan Behind Bars“ („Papua Hinter Gittern“) gibt es aktuelle Updates zur Situation und den verknasteten Papuas: <https://www.papuans-behindbars.org/?p=3809>

Kurz vorgestellt



David Scheuing ist Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International (WRI), dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern, gewählt. An dieser Stelle berichtet er regelmäßig in der *ZivilCourage* aus der WRI, um den LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das sind keine tieferen Analysen, sondern kleine kursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration. Ideen und Vorschläge für kommende Ausgaben sind erwünscht. Der Autor ist per E-Mail erreichbar unter scheuing@dfg-vk.de

Nesehnuti – Die unabhängige sozial-ökologische NGO aus Tschechien: In Brno hat Nesehnuti seinen Sitz, dem Ort der alljährlichen Waffenmesse IDET. Hiergegen protestieren die Aktiven seit vielen Jahren mit spannenden Aktionen. Nesehnuti ist keine typische Organisation der „Friedensbewegung“, sondern ist eine junge, thematisch breit aufgestellte Organisation: von Frauenrechten über Umwelthemen bis hin zu Abrüstung und Antimilitarismus.

Nesehnuti hat sich in den letzten Jahren aktiv gegen die Militarisierung von Kindern in tschechischen Schulen ausgesprochen und zeigt immer wieder Dokumentarfilme über das System der Rekrutierung und Militarisierung der Jugend in großen Kinos der verschiedenen Großstädte Tschechiens. So lebt Nesehnuti von seiner jungen Basis an Aktivist*innen.

Spannend: Das Handbuch zur hierarchiearmen/freien Organisationsform des Zentrums! Als PDF hier erhältlich: <http://nesehnuti.cz/wp-content/uploads/who-is-the-boss-here.pdf>

Mehr zu Nesehnuti hier: <http://nesehnuti.cz/about-us/> <<

Rüstungsexporte und mörderische Mauern

Gegen Profite aus Flüchtlingsabwehr

Von Jürgen Grässlin

Im November 2019 sorgte eine Meldung des UN-Flüchtlingshilfswerks für Aufsehen. So verkündete das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR): „Wir gehen davon aus, dass vermutlich mindestens doppelt so viele Menschen auf dem Weg zum Mittelmeer sterben als im Mittelmeer selbst“, sagte Vincent Cochetel, der UNHCR-Sondergesandte.

Der weite Weg nach Europa, je nach Herkunftsland durch Regionen von Halbwüsten und Wüsten der Sahara nach Norden führend, hat sich für Abertausende Geflüchteter zu einer Überlebensfrage entwickelt. Denn längst beginnt die Abschottungspolitik der Maghrebstaaten im Norden Afrikas – unterstützt von der Europäischen Union – nicht erst an den Küsten des Mittelmeers, sondern an den Südgrenzen der vier großen Maghrebstaaten Marokko, Algerien, Libyen und Ägypten.

Noch existiert kein durchgehendes Grenzsicherungssystem quer durch den Maghreb. Doch die Abschottung Europas in Afrika wird von Jahr zu Jahr perfider und perfekter.

Waffenexporte – trotz Algeriens Massenabschiebungen in die Sahara. Wo noch keine festen Grenzsicherungsanlagen errichtet sind, werden zuweilen andere drastische Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr ergriffen.

So setzten algerische Beamte in den letzten Monaten des Jahres 2018 Tausende von Menschen in der Wüste aus. In mehreren Massenabschiebungen schickten staatliche Sicherheitskräfte auch Frauen und Kinder zwangsweise auf einen Gewaltmarsch an der Grenze zum Niger, teilweise bei Temperaturen deutlich über 40 Grad Celsius. Dies berichtet der Journalist

Sofian Philip Naceur. Hintergrund der brutalen Massenabschiebung ist die Tatsache, dass Algerien seit Mitte 2017 „sein Vorgehen gegenüber afrikanischen Migranten und Flüchtlingen in beispielloser Manier verschärft und dabei abgewiesene Asylwerber in die beiden südlichen Nachbarländer Niger und Mali ausgewiesen“ hat.

Derlei Vorgehen hat Methode. Bereits im Sommer 2018 dokumentierten Menschenrechtler das inhumane Vorgehen staatlicher Sicherheitskräfte Algeriens. Damals waren rund 13000 Migranten in der Sahara ausgesetzt worden. Flüchtlinge litten bei Temperaturen von 48 Grad Celsius Durst und Hunger. Einzelne Überlebende berichteten später von grauenhaften Zuständen. Schwangere hätten ihre Babys verloren, die Körper toter Frauen hätten herumgelegen, andere Migranten seien in der Wüste vermisst, unzählige Menschen gestorben.

Die Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch bestätigte die Deportationen Tausender Männer, Frauen und Kinder. Bereits im Januar 2018 begannen die Abschiebungen in die Sahara-Staaten Mali und Niger unter unmenschlichen Bedingungen – ungeachtet des z.T. legalen Status zahlreicher Flüchtlinge.

Algerien ist ein enger Verbündeter der Bundesrepublik Deutschland und zuweilen Hauptempfängerland deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter im Maghreb. In den alljährlichen Rüstungsexportberichten der Bundesregierung rangierte Algerien zeitweise gar als die Nummer 1 aller Empfängerländer der hiesigen Rüstungsindustrie.

Ungeachtet der schweren Menschenrechtsverletzungen im Empfängerland wurde über Jahre hinweg alles geliefert, was das Herz der Mili-

tärs der algerischen Regierung Bou-teflika begehrte: u.a. Fregatten für die Flüchtlingsabwehr auf dem Mittelmeer, ein Produktionswerk für Spürpanzer „Fuchs“ sowie vielfach Militärfahrzeuge für die Verriegelung des Landwegs gegen Geflüchtete.

Frontex – Flüchtlingsabwehr im Auftrag der EU. Denjenigen Menschen, denen es gelingt, die afrikanische Mittelmeerküste erreichen, und die auf unsicheren Schiffen die Überfahrt nach Europa wagen, droht das Kentern der völlig überfüllten Boote. Längst ist das Mittelmeer zum maritimen Sarg der Welt verkommen.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) registrierte im Zeitraum von 2014 bis Ende Oktober 2019 summa summarum 19005 Todesopfer im Mittelmeer. Dank besserer Quellen sei die Anzahl der im Mittelmeerraum ums Leben Gekommenen relativ klar erfassbar.

Wer überlebte, landete vielfach in den Fängen der EU-Grenzschutzbehörde Frontex, die entscheidend zur Perfektionierung der Festung Europa auf dem Seeweg beiträgt. Schon der allererste Einsatz von Frontex-Grenzschützern trug zur Flüchtlingsabwehr bei. Mit der Operation Hera wurden Kriegsschiffe zum Abfangen von Flüchtlingsbooten in Hoheitsgewässern des Senegal und von Mauretaniens eingesetzt.

Innerhalb kürzester Zeit hat sich Frontex „zum Dreh- und Angelpunkt für das europäische Krisenmanagement bei der Flüchtlingsabwehr entwickelt“, analysiert die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) in ihrer lesenswerten Broschüre „Gegen Rüstungsexport und Migrationsabwehr“. (<https://eak-online.de/sites/default/files/file/Statische%20Seite/Ma>

terialien-595.pdf) Laut EAK-Studie stieg „die Zahl abgeschobener Geflüchteter durch Rückführungsoperationen zwischen 2008 und 2017 von 8000 auf 14200“. Mehr noch: Allein im Jahr 2016 wurden 370000 Menschen abgefangen und umgeleitet.

Mauerfall feiern, Mauerbau forcieren. Im November 2019 zelebrierten Millionen Menschen in Deutschland und in der Europäischen Union die 30-Jahr-Feiern zum Fall der Berliner Mauer. Beschworen wurde allseits die friedliche Revolution, maßgeblich ausgehend von der kirchlich geprägten Friedensbewegung in der damaligen DDR.

Gelernt aber hat Europa nichts Gutes aus dem Einreißen der deutsch-deutschen Grenzmauer. Längst setzen Großkonzerne in der Europäischen Union die Errichtung neuer High-Tech-Grenzsicherungsanlagen um. Allen voran profitieren die Rüstungskonzerne Airbus, Leonardo und der Thales Group „von millionenschweren Aufträgen, die auch von der EU und ihren Mitgliedstaaten vergeben werden“. So das Ergebnis der Studie „The Business of Building Walls“ des globalisierungskritischen Netzwerks Transnational Institute, des spanischen Friedensforschungsinstituts Centre Delàs und der niederländischen Kampagne gegen Waffenhandel.

Erklärtes Ziel der neuen Grenzsicherungsanlagen ist, Arbeitsmigrant*innen und Flüchtlinge auf ihrem Weg aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten in die EU zu stoppen. Anders noch als vor 30 Jahren bestehen die Mauern von heute nicht einzig aus Beton und Stacheldraht. Heutzutage werden die Grenzen durch Hubschrauber, Überwachungsdrohnen und Kriegsschiffe abgeschottet.

Bewirbt sich die Industrie um Aufträge der Europäischen Union, so sprudeln die Mittel, wie offizielle EU-Angaben belegen. Seit 2015, dem Jahr der Flüchtlingskrise, wurden die Fördermittel weiter aufgestockt. Was

einen schier endlosen Zufluss öffentlicher Finanzmittel zur Militarisierung von Grenzen mit sich gebracht habe.

Laut Akkerman-Studie seien „mindestens 900 Millionen Euro für Grenzmauern und -zäune, 676,4 Millionen für maritime Einsätze (2006-2017) und 999,4 Millionen Euro für virtuelle Mauern (2000-2019) ausgegeben worden“. Des Weiteren hätten die partizipierenden Konzerne der Rüstungs-, Schifffahrt- und Baubranche Milliarden Euro aus dem Fonds für die Außengrenzen der EU sowie aus dem Fonds für die innere Sicherheit abkassiert.

Die Zukunftsperspektiven sind glänzend. Laut neuem EU-Rahmenbudget für den Zeitraum von 2021 bis 2027 sollen die monetären Mittel für den Grenzschutz erneut ausgeweitet werden.

Zum Wohle der Konzernkassen.

Weltweit betrachtet liefern Rüstungskonzerne vielfach Kriegswaffen an menschenrechtsverletzende oder kriegführende Staaten in Afrika, Asien oder Amerika – wohlgemerkt mit Genehmigung der jeweiligen Regierung.

Neben den klassischen Großwaffensystemen wird auch Abschottungstechnologie exportiert. Denn für perfekte Überwachungssysteme benötigen Militärs u.a. Biometrie (Messung an Lebewesen, z.B. zur Gesichtserkennung), IKT (Informations- und Kommunikationstechnik), bemannte Fahrzeuge, Boden- und Seesysteme, Schiffe, Luftsysteme wie Helikopter, unbemannte Flugzeuge und Militärsatelliten, zudem physische Infrastruktur, Support und andere Dienstleistungen. Mittels dieser Techniken werden unzählige Menschen bedroht und beschossen, aus ihrer Heimat vertrieben, an Grenzen überwacht und abgefangen. Baufirmen profitieren von der Abschottung.

Direkt an den Grenzsicherungsanlagen kommen vielfach Kleinwaffen bei staatlichen Sicherheitskräften gegen Migrant*innen zum Einsatz. Militärfahrzeuge dienen u.a. dem Materialtransport an die Grenzen und dem Abtransport von Geflüchteten.

Was wir tun können. Wie aber sehen konkrete Handlungsoptionen aus, mit denen wir alle den Profiteuren der Abschottung aktiv entgegenzutreten können?

Wir können

- das bislang die Rüstungsexport- und Abschottungspolitik zum Thema machen, indem wie andere informieren und eigene Handlungsansätze entwickeln;
- Friedens-, Menschenrechts- oder Flüchtlingsorganisationen unterstützen durch Mitgliedschaft und durch aktives Handeln;
- bei Kritischen Aktionär*innen von Rüstungskonzernen mitmachen, wie z.B. bei Airbus oder Rheinmetall, oder bei Fahrzeugunternehmen, z.B. Daimler wegen deren fortwährenden Lieferungen von Mercedes-Military-Fahrzeugen in Krisen- und Kriegsgebiete;
- Strafanzeigen unterstützen, die wir beispielsweise bei illegalem Waffenhandel stellen, wie bereits bei Heckler & Koch und bei Sig Sauer mit Erfolg praktiziert;
- vor allem aber beim *Global Net – Stop The Arms Trade* mitmachen: durch Mitgliedschaft beim „Rüstungs- InformationsBüro e.V.“ (RIB) und in der DFG-VK, durch – steuerlich absetzbare – Spenden (denn die weltweiten Recherchen kosten das RIB viel Geld), durch Reiseberichte, Filme und Fotos aus Krisenregionen, durch eigene Recherchen zu Grenzsicherungsanlagen oder beispielsweise durch Übersetzungen vorhandener Textpassagen auf der Global-Net-Website (<https://www.gn-stat.org>) in andere Sprachen.

Jürgen Grässlin ist Mitglied im BundessprecherInnenkreis der DFG-VK, Vorsitzender des „RüstungsInformationsBüro e.V.“ und Vertreter der DFG-VK in der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ Er ist der Autor zahlreicher Bücher zum Thema Rüstungsexporte und gilt als „Deutschlands wohl prominentester Rüstungsgegner“ (Der Spiegel). Informationen über ihn und seine Arbeit sind verfügbar z.B. auf seiner Homepage www.juergengraesslin.com <<

Klimakiller Militär und Krieg

Rüstungsindustrie und Militär sind Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen

Von Ralf Cüppers

Jeder Mensch ist ein Klimasünder. Wir atmen auch dann klimaschädliches Gas aus, wenn wir keine Kriege führen. Mit jedem Atemzug atmen wir etwa 0,03 Gramm Kohlen(stoff)dioxid (CO₂) aus. CO₂ trägt zum Treibhauseffekt und zur Erderwärmung bei und gefährdet unser Überleben als Menschheit.

Wir Menschen verwenden unsere Nahrungsenergie zu denselben Zwecken wie unsere fossilen Brennstoffe: als „Heizöl“ zum Warmhalten unseres Körpers und als „Dieselkraftstoff“ zur Fortbewegung und zur Arbeitsleistung. Heizöl und Diesel sind chemisch derselbe Stoff.

Die Energie, die wir benötigen, um unseren Körper auf der „Betriebstemperatur“ 37 Grad Celsius zu halten, nennen wir Grundumsatz, die zur Fortbewegung und Arbeit Leistungsumsatz. Wie viel verbrauchen wir davon?

Kohlendioxidausstoß durch Menschenleben. Grundumsatz: Eine Kilokalorie (kcal) Energie brauchen wir, um einen Liter Wasser um 1 °C zu erwärmen. Der menschliche Körper kühlt in der Umgebungstemperatur in angemessener Bekleidung um etwa 1 °C pro Stunde aus. Folglich verbrauchen wir etwa 1 Kilokalorie an Energie pro Kilogramm unseres Körpergewichtes (kg KG) pro Stunde, um unseren Körper auf 37 °C warm zu erhalten, manche rechnen auch 25 kcal pro kg KG am Tag. Ein 80 kg schwerer Mensch hat demnach einen Grundumsatz von 2000 kcal, ein 60 kg schwerer nur 1500 kcal. Ein Mensch, der nur schläft, liegt oder sitzt, etwa im Fernsehsessel, vor dem Computer oder im Büro, verbraucht kaum mehr als seinen Grundumsatz.

Leistungsumsatz: Um seinen Körper einen Kilometer weit zu Fuß fort-

zubewegen, verbraucht der Mensch zusätzlich etwa 1 kcal pro kg KG und zurückgelegtem Kilometer. Wenn der 80 kg schwere Mensch also langsam mit 3 km/h spazieren geht, hat er einen Leistungsumsatz von 240 kcal pro Stunde, wenn er mit 6 km/h wandert oder walkt sind es 480 kcal pro Stunde, wenn er mit 12,5 km/h rennt, verbraucht er 1000 kcal pro Stunde zusätzlich. Ein gleichschneller Läufer, der nur 60 kg wiegt, käme mit 750 kcal aus.

Und was bedeutet dieses für unsere persönliche CO₂-Bilanz? Unsere Nahrung besteht hauptsächlich aus Nahrungsfetten und Kohlenhydraten (und dann Eiweißen), diese wiederum aus den Atomen Kohlenstoff (C), Wasserstoff (H) und Sauerstoff (O). Kohlenstoff hat (in ganzen Zahlen) die molare Masse 12, Wasserstoff 1 und Sauerstoff 16. Wasserstoff 1 können wir weglassen, denn er fällt im Verhältnis von 12 für C und 16 für O pro Atom mengenmäßig kaum ins Gewicht. Unsere Nahrungskohlenhydrate bestehen aus Ketten von Zuckermolekülen mit der Summenformel C₆ H₁₂ O₆, Fette aus langen und mittellangen Kohlenstoffketten mit jeweils etwa doppelt so vielen Wasserstoffatomen und am Glycerinende noch ein wenig Sauerstoff. Kohlenhydrate und Eiweiße bestehen nur zu Hälfte des Gewichtes aus Kohlenstoff. Fette (ebenso wie Heizöl oder Diesel) bestehen hingegen gewichtsmäßig fast vollständig aus Kohlenstoff. Deshalb ist der Brennwert von Fetten auch höher.

Aus 12 g Kohlenstoff entstehen 44 g Kohlendioxid (12+2×16). Aus 12g Fett entstehen (fast) 44 g Kohlendioxid. Aus 28 g Kohlenhydraten (12+16) entstehen ebenfalls (fast) 44 g Kohlendioxid. Aus 1 g Fett entstehen bei der Verbrennung (in ganzen Zahlen) 9 kcal. Aus 1 g Kohlenhydra-

ten entstehen bei der Verbrennung (in ganzen Zahlen) 4 kcal.

Wie kann der Energieverbrauch auf den Kohlendioxidausstoß eines Menschen umgerechnet werden? Er muss entweder durch 12×9 = 108 geteilt oder durch 28×4 = 112, also im Mittel durch 110, dann das Ergebnis mit 44 multipliziert werden, und so ergibt das den Umrechnungsfaktor 0,4

Ein 60 kg Mensch mit einem Grundumsatz von 1500 kcal atmet jeden Tag 600 g CO₂ aus.

Ein Sammler, Jäger, Angler, Hirte oder (Garten-)Bauer, der seinen Boden nur in Handarbeit (ohne Energieverbrauch durch Maschinen) bestellt, erzeugt aus einer Nahrungskalorie Leistungsumsatz etwa 10 Kalorien neue Nahrung. Eine Stunde körperliche Arbeit pro Tag in der Intensität eines Spazierganges, so wenig reicht zum Überleben. So hat die Menschheit über viele Jahrhunderte überlebt und das ist in vielen „primitiven“ Gesellschaften heute noch so.

Wenn dieser 60 kg Mensch noch 210 kcal Leistungsumsatz zusätzlich zu seinem 1500 kcal Grundumsatz hat, also 1710 kcal verbraucht und damit 684 g CO₂ pro Tag ausatmet, produziert er in 100 Jahren (36524 Tagen) fast 25000 kg Kohlendioxid.

Der CO₂-Verbrauch eines Menschen im Vergleich zum Kriegsflugzeug „Tornado“:

Der „Tornado“ hat einen Verbrauch von 25000 kg CO₂ pro Flugstunde. In einer Stunde produziert das Kriegsflugzeug so viel Kohlendioxid wie ein Mensch, der 100 Jahre lebt.

„Klimaneutral Krieg führen.“ Um den Kohlendioxidausstoß durch eine Stunde „Tornado“-Flug zu kompensieren, müssten durch den Einsatz 100 Menschenlebensjahre vernichtet werden. Deutsche „Tornados“ nah-

men am 19. März 2017 die Bilder einer Schule in der syrischen Ortschaft Al-Mansura auf, die danach zerbombt wurde. Etwa 30 Schulkinder und Lehrerinnen starben dabei. Wenn diese Zivilisten jeweils noch 50 Jahre länger gelebt hätten, hätten sie ebenso viel Kohlendioxid ausgeatmet, wie drei „Tornados“ in fünfstündigem Einsatzflug. Somit kann dieser Einsatz annähernd klimaneutral gewesen sein.

Klimaschädliches Militär. Krieg, Militär und Rüstungsindustrie sind Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen, Feinstaubbelastungen und Umweltkatastrophen weltweit. Im Kyoto-Protokoll und den anderen UN-Klimadokumenten einschließlich der Charta von Paris wurden diese von den Regierungen, auf Druck der Nato-Staaten, allerdings absichtlich ausgeklammert und in Statistiken nicht extra ausgewiesen. Treibhausgase von Militärflugzeugen und -fahrzeugen werden dem Verkehr zugerechnet. Treibhausgase, die aus der Kriegswaffenproduktion kommen, werden der Industrie zugeschrieben.

Staatliche Militärapparate gehören zu den größten Verbrauchern von Energie und anderen Ressourcen. Die Armeen verursachen enorme Mengen an klimaschädlichen Emissionen: bei der Produktion, dem Handel, Export und Transport von Waffen, bei Manövern und vor allem durch Kriegseinsätze selbst und bei den Besatzungen.

Britische Forscher untersuchten die Umweltbilanz der US-Streitkräfte. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, dass diese, wenn sie ein Nationalstaat wären, Rang 47 belegen würden. Und zwar noch vor Staaten wie etwa Portugal oder Dänemark.

Diese Studie berechnete allerdings nur den Treibstoffverbrauch des Militärs. Und der ist gar nicht so außergewöhnlich hoch. Denn die Wirtschaftsleistung Dänemarks ist etwa 3, die von Portugal kleiner als 2 Prozent von der der USA. Wenn denn nun die USA mehr als 2 Prozent der Wirtschaftsleistung für Militär ausgeben, dann ist der Treibstoffverbrauch – und damit

die CO₂-Emissionen – des amerikanischen Militärs gemessen an dem Anteil der Wirtschaftsleistung etwa proportional.

Die Zahlen der Bundeswehr habe ich nicht gefunden. Meine Bitte an den klimapolitischen Sprecher der Linkspartei, Lorenz Gösta Beutin, hier konkret nachzufragen, ist bislang unbeantwortet.



Foto: DFG-VK Flensburg

CO₂-Bilanz von Explosivstoffen. 10 000 000 kg Feuerwerk werden an Silvester verschossen. Silvesterböller bestehen ausschließlich aus Schwarzpulver, anderer Sprengstoff ist dafür nicht zugelassen. Schwarzpulver besteht aus 15 % Kohlenstoff, 10 % Schwefel und 75 % Salpeter, bei der Explosion werden aus $16\text{ C} + 4\text{ S} + 10\text{ KNO}_3 \Rightarrow 15\text{ CO} + \text{K}_2\text{CO}_3 + 4\text{ K}_2\text{SO}_3 + 5\text{ N}_2$, die 15 CO werden mit Luftsauerstoff weiter zu CO₂ oxidiert. Aus 10 000 000 kg Schwarzpulver entstehen demnach knapp 5 000 000 kg Kohlendioxid.

Militärischer Sprengstoff ist zum Beispiel Trinitrotoluol TNT mit der Summenformel C₇H₅N₃O₆ und demnach einer molaren Masse von 227. Nun werden bei der Sprengung nicht alle C-Atome zu CO₂. Eines davon verbindet sich mit H₄ zu Methan CH₄, ein weiteres mit H und N zu Cyanwas-

serstoff HCN, bleiben fünf übrig, die zu CO und letztlich zu CO₂ oxidieren. Fünfmal 44 sind 220, damit ist das Gewicht des CO₂ etwa gleich hoch wie das des TNT. Auch die anderen militärisch hochbrisanten Sprengstoffe enthalten Kohlenstoff und Nitrogruppen in stöchiometrisch passender Menge. Auch dort kann man das Gewicht des eingesetzten Sprengstoffes und das

des entstehenden CO₂ in etwa gleichsetzen. Militärische Sprengstoffe haben eine Dichte von im Mittel etwa 1,7 g/cm³ (je nach Stoff 1,49 bis 1,98).

Über die Verbrauchszahlen militärischen Sprengstoffes in der Bundeswehr gibt es keine vollständigen und zugänglichen Informationen.

Im April gab das Unternehmen Rheinmetall Defence bekannt, dass es die Bundeswehr mit insgesamt 43 438 Geschossen des Typs „DM121“ beliefert. Sie kosten 146 Millionen Euro, also etwa 3360 Euro pro Stück. Von 2009 bis 2019 wurden 30 000 Geschosse verbraucht, deshalb die Neubeschaffung. Ein Geschöß DM121 hat ein Kaliber von 155 mm, und aus dem entsprechenden Durchmesser und der Höhe kann ein Volumen von etwa 10 Liter errechnet werden (ohne die gehärtete Spitze und den Metallmantel), also etwa 17 kg Sprengstoff. Die

30 000 Geschosse dieser einen Munitionsart verursachten 500 000 kg CO₂, die 43 000 neu bestellten werden dann weitere 730 000 kg CO₂ erzeugen. Auf Wikipedia ist eine Liste veröffentlicht mit 190 unterschiedlichen Munitionstypen, die von der Bundeswehr verwendet werden, die DM121 ist nur eine davon.

Aber ein einziger Fehlschuss im Emsland verursachte einen Moorbrand. Dadurch wurde mehr CO₂ freigesetzt, als durch alle steuerfinanzierten CO₂-Einsparmaßnahmen im selben Jahr vermieden werden konnten.

CO₂-Bilanz kriegsbedingter Zerstörungen. Wie beim Moorbrand im Emsland verursacht der Einsatz militärischer Sprengstoffe ebenfalls Brände. Häuser gehen in Flammen auf, auch Erdölförderanlagen und -raffinerien, Warenlager, chemische Fabriken usw., wodurch natürlich auch CO₂ freigesetzt wird.

Größeres Gewicht als die militärischen Sprengungen hat aber der Wiederaufbau. Dafür braucht man Zement. Dieser ist ein Klimakiller, denn bei seiner Herstellung wird CO₂ freigesetzt.

Heidelbergcement steht an zweiter Stelle der klimaschädlichen Betriebe zwischen den größten Energiekonzernen Eon und RWE.

Bei der Zementproduktion wird Calciumcarbonat CaCO₃ bei 1450 °C zu gebranntem Kalk, Calciumoxid (CaO) und CO₂ wird freigesetzt. In molaren Massen heißt dies: Calciumcarbonat 40+12+3×16 = 100, Calciumoxid 40+16 = 56, Kohlendioxid 12+2×16 = 44.

Auf 56 kg Zement kämen demnach 44 kg Kohlendioxid, aber das wäre falsch. Denn handelsüblicher Zement besteht nur zu etwa 60 bis 66 Prozent aus gebranntem Kalk, hinzu kommen Silizium-, Aluminium- und Eisenoxide, für wasserundurchlässige Betone noch Trass, Puzzolan oder Flugasche. Deswegen setzt die Herstellung von Zement nur etwa die Hälfte seines Gewichtes an CO₂ frei. Aber diese Masse muss auf über 1450 °C erhitzt wer-

den, und dafür braucht man auch wieder Energie. Und wenn denn nun diese Energie durch Verbrennung fossiler Energieträger erzeugt wird, dann entsteht durch die Verbrennung noch einmal fast so viel CO₂ wie durch die Freisetzung aus dem Calciumcarbonat.

Gesamtbilanz der Zementproduktion: Masse und Gewicht des freigesetzten CO₂ entsprechen in etwa der Masse und Gewicht von Zement.

Wenn Zement unter Wasserzusatz im Beton abbindet, entsteht gelöschter Kalk, Calciumhydroxid: CaO + H₂O => Ca(OH)₂

An der Oberfläche verwittert Beton: Ca(OH)₂ + CO₂ => CaCO₃ + H₂O. Dieser kohlendioxidbindende Effekt tritt jedoch nur an der Oberfläche auf, wo der Beton mit dem CO₂ aus der Atmosphäre in Kontakt kommt, nicht im Inneren eines Betonkörpers, außerdem ist dieses ein sehr langsamer Effekt. Der Temperaturanstieg auf unserer Erde ist schneller.

Zement für den Wiederaufbau am Beispiel der syrischen Stadt Aleppo. Für Aleppo gibt es veröffentlichte Daten über die Zerstörungen. Die Stadt hat mit Vororten 2,5 Millionen Einwohner. Durch die Bombardierungen haben etwa 1 Million Einwohner ihr Zuhause verloren.

Es handelt sich in Aleppo um etwa 1 Million Räume, die wieder aufgebaut werden müssen. In einigen Wohnungen wohnen mehr als eine Person in einem Raum, dafür verfügen andere neben ihrem Wohnraum noch über Büro- oder Werkstatt- und Geschäftsräume. Für ein Zimmer von 20 Quadratmeter umbauter Raum werden etwa 3000 kg Zement benötigt. Für 1 Million umbaute Räume wären es 3 Milliarden Kilogramm Zement, und ebenso viel Kilogramm CO₂ entweicht in die Atmosphäre

Nun wurden nicht nur Gebäude zerstört, sondern auch Straßen, Brücken und Plätze. Auch diese müssen wieder aufgebaut werden. Aleppo hat bei 2,5 Millionen Einwohnern eine Grundfläche von 190 km². Wie viel davon ist die Fläche von Straßen

und Plätzen? Für Aleppo ist es nicht veröffentlicht, aber München hat 1,47 Millionen Einwohner auf 310 km², davon 48 % versiegelte Fläche und davon 36 % bebaute Fläche, bleiben also 12 % für Straßen und Plätze. Im dreimal so dicht besiedelten Aleppo ist der Anteil versiegelter Fläche keinesfalls geringer.

Für die Herstellung einer Straße benötigt man einen Unterbeton von 15 bis 20 cm Dicke, darüber eine Deckschicht von 22 bis 24 cm. Bei einer Autobahn oder einer für Schwerlastverkehr geeignete Straße ist der Unterbeton 20 bis 25 cm und die Deckschicht 26 bis 30 cm dick. Für einen Kubikmeter Unterbeton werden 300 kg Zement benötigt, für die Deckschicht im Mischungsverhältnis 1:3 sind es 550 kg.

Wenn denn nun auch, wie bei den Gebäuden in Aleppo, mindestens ein Drittel der Straßen und Plätze zerbombt wurde, dann sind es über 7 500 000 m² Straßenfläche, die neu hergestellt werden müssen; also werden bei einer mittleren Dicke von 0,2 m für den Unterbeton 1 500 000 × 300 = 450 000 000 kg Zement und für die 0,25 m dicke Deckschicht 1 875 000 × 550 = 1 031 250 000 kg Zement benötigt.

Zusammen ergibt dies fast 1 500 000 000 kg, und ebenso viel Kilogramm CO₂ gelangen in die Atmosphäre. Dieses ist bescheiden gerechnet, denn für einen Quadratmeter einer Brücke oder Überführung oder eines Straßentunnels reicht die Menge sicher nicht aus. Außerdem fehlt hier die Energie der Verbrennungsmotoren der Betonmisch- und Baumaschinen.

Der Wiederaufbau von Aleppo verursacht allein durch die Zementproduktion eine Klimabelastung von 4 500 000 000 kg CO₂, das ist mehr, als alle 2,5 Millionen Einwohner der Stadt Aleppo in sieben Jahren an CO₂ ausstoßen – oder 900 Jahre Silvesterfeuerwerk von über 82 Millionen Deutschen.

Ralf Cüppers ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein. <<

„Ächtung des Soldatentums“

Zu einem wichtigen Begriff der DFG-VK-Programmatik

Von Stefan Philipp

Der DFG-VK-Bundeskongress hat im November 2019 beschlossen: „Die DFG-VK arbeitet mit in der Initiative Sicherheit neu denken. Die Vertreter der DFG-VK sind beauftragt, die Programmatik der DFG-VK (Ächtung des Soldatentums) in diese Diskussion einzubringen.“

Was steckt dahinter, wenn einigen diese Ächtungs-Formulierung so wichtig war, dass sie extra einen – letztlich erfolgreichen Änderungsantrag – stellten, während andere über die „Ächtung des Soldatentums“ bloß mit den Augen rollen und diese Festschreibung für falsch halten.

Auf der taktischen Ebene gibt es im Blick auf die Bündnisarbeit der DFG-VK im Trägerkreis von „Sicherheit neu denken“ einerseits diese Befürchtung: Die im nächsten Jahr startende Kampagne, die das Ziel hat, bis zum Jahr 2040 aus der „militärischen Friedenssicherung“ auszusteigen, für nachhaltige zivile Sicherheit zu sorgen, Deutschland zu entmilitarisieren und die Bundeswehr zu einem rein

Aus dem DFG-VK-Programm
Im vom 19. DFG-VK-Bundeskongress im September 2013 beschlossenen aktuell gültigen Programm heißt es im Abschnitt „Was wir wollen“: *Unser Handeln zielt darauf, dass militärische Gewalt und Soldatentum geächtet und aus den internationalen Beziehungen verbannt werden.*

Im Abschnitt „Wie wir arbeiten“ heißt es: *Das bedeutet: (...) 3. Die Durchführung und Unterstützung von Aktivitäten gegen Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr sowie die Förderung von antimilitaristischem Bewusstsein mit dem Ziel der völligen Ächtung der Soldatentätigkeit. (...)*

www.dfg-vk.de/programm-der-dfg-vk

zivilen technischen Hilfswerk umzubauen, wird wesentlich getragen von kirchlichen Gruppen. Die historischen Erfahrungen mit „der Kirche“ zeigen, dass sie immer eng mit dem Staat verbunden war (siehe z.B. die Militärseelsorge). Deshalb besteht die Gefahr, dass die klare Zielsetzung und die Forderungen immer weiter verwässert werden – und dass die eigentlich radikale DFG-VK in diesen Prozess integriert wird und ihn legitimiert.

Auf der anderen Seite gibt es diese Befürchtung: „Sicherheit neu denken“ ist ein attraktives Konzept, mit dem es gelingen kann, gesellschaftliche und politische Mehrheiten für eine Entmilitarisierung zu gewinnen. Wenn die DFG-VK dort konstruktiv mitarbeitet, kann sie ihre Inhalte weit verbreiten und wirksam machen. Verbalradikalismus ist kontraproduktiv.

Was aber ist denn „Ächtung des Soldatentums“? Die Nachsilbe -tum bedeutet – analog z.B. zum Christentum – die Gesamtheit der Soldaten. Insofern ist Soldatentum im Grunde vom Begriff her fast gleichbedeutend mit Militär. Ächtung könnte man – in moderneres Deutsch übersetzt – als starke Form der Missbilligung bezeichnen. Man könnte es auch mit der alten antimilitaristischen Parole „Kein Frieden mit dem Militär“ gleichsetzen. Das macht auch deutlich, dass die Ächtung sich nicht gegen die Personen, die Soldaten also, richtet, sondern gegen die Institution.

Die differierenden Einschätzungen sind also auch ein Streit um Worte, vor allem aber unterschiedliche taktische Ausrichtungen. Dass die DFG-VK-VertreterInnen aufgefordert werden, unsere Programmatik mit einzubringen, scheint mir ein sinnvoller Kompromiss.

Stefan Philipp ist Chefredakteur der *ZivilCourage*. <<

Trauer um Ernst Busche

Der jahrzehntelange DFG-VK-Aktivist Ernst Busche ist Ende November im Alter von 87 Jahren in Bremen gestorben.



Foto: Hartmut Drewes

Bundesweit legendär ist sein Einsatz für den Krefelder Appell gegen die Stationierung neuer US-

Atomraketen in Europa, er sammelte allein circa 16 000 Unterschriften. Auf die Frage, ob er glaube, dass Unterschriften Kriege verhindern würden, sagte er: „Wenn alle unterschrieben haben, geht keiner mehr hin.“

Als ihn ein bremischer Senator einmal „Berufsdemonstrant“ nannte, beleidigte ihn das nicht – im Gegenteil, es spornte ihn in seinem Engagement an: „Ich verstehe mich als Bürgeraktionär, der keine Aktien hat, aber immer für eine Aktion ist. Und das Wort Bürger steht für Menschenrechte.“ Mit mindestens zwei oder drei Buttons am selbstgestrickten Pullover, einem Plakat mit Friedens- und Abrüstungsparolen und einer Unterschriftenliste war Ernst Busche auf unzähligen Demonstrationen, Aktionen und Veranstaltungen in Bremen und im Bundesgebiet immer ganz vorne zu sehen.

Seine Erfahrungen hat Ernst Busche in dem Buch „Aus dem Leben eines Bürgeraktionärs“ 1997 im Donat-Verlag zusammengestellt. Darin schildert er seine Entwicklung vom Sohn bürgerlich-nazifreundlicher Eltern zum Friedenskämpfer und Umweltschützer. Bereits damals sagte er sorgenvoll: „Wir zerstören die Welt selbst, durch Umwelteinflüsse, zu viele Straßen, zu viele Autos...“

Ekkehard Lentz



Seid nicht feige: Asyl für Edward Snowden!

„Gegen die Veralltäglicung des wirklich Skandalösen“

Von Werner Glenewinkel

Kurz vor Erscheinen der Autobiographie von Edward Snowden im September 2019 (*Permanent Record. Meine Geschichte. Frankfurt a.M. 2019*) stellte Heribert Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“ am 11. August 2019 die Frage: „Was macht eigentlich Edward Snowden?“

Erinnern wir uns: Am 9. Juni 2013 gab Snowden in Hongkong seine Anonymität auf und sagte: Ich war es, der das Überwachungssystem der NSA aufgedeckt hat.

Die von ihm veröffentlichten Dokumente beweisen, dass amerikanische und britische Geheimdienste die halbe Welt abhören und für Spionagezwecke internationale Kommunikationsverbindungen ausforschen – unter Verstoß gegen internationales Recht, Pakte und Vereinbarungen.

Am 14. Juni stellte das FBI Strafanzeige wegen Spionage und beantragte einen Haftbefehl. Am 23. Juni buchte Snowden einen Flug nach Havanna über Moskau. Nachdem sein Pass von den USA für ungültig erklärt wurde, beantragte er Asyl in Moskau. Am 1. August wurde ihm eine – jeweils zu verlängernde – Aufenthaltsgenehmigung erteilt, die allerdings Anfang des Jahres 2020 endet.

Prantl nennt das Nichts-Tun der EU einen Skandal und schreibt: „Es gibt auch so etwas wie die Veralltäglicung des wirklich Skandalösen. Ed-

ward Snowden, der Whistleblower, ist das Symbol dafür“. Es sei eine Schande, dass ein Aufklärer dort Schutz finden müsse, wo alles Mögliche zu Hause sei, nur nicht die Werte der Aufklärung, „weil die europäischen Staaten zu feige sind, ihm Schutz zu gewähren.“

Diese Feigheit wird auch nicht durch den Beschluss des EU-Parlaments vom Oktober 2015 aufgewogen. Es hatte den EU-Staaten empfohlen, alle Vorwürfe gegen Snowden fallen zu lassen und ihm Menschenrechtsschutz zu gewähren.

In Deutschland ist das ganze letzte Jahr über auf das 70-jährige Bestehen des Grundgesetzes hingewiesen worden. Die Bundesregierung wurde nicht müde, die Grundrechte hervorzuheben.

Dazu gehört auch Artikel 16a Absatz 1: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

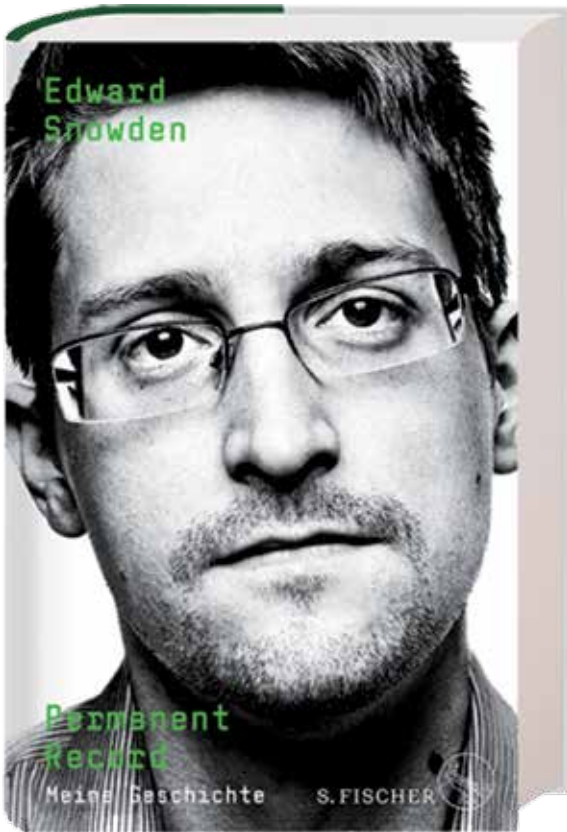
Das Bundesverfassungsgericht meint: Aufgrund der Achtung der Menschenwürde hat kein Staat das Recht, Leib, Leben und persönliche Freiheit des Einzelnen wegen dessen politischer Überzeugungen zu gefährden.



Werner Glenewinkel, der Autor dieses Artikels, hat im letzten Jahr zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes eine Postkartenserie mit dem Titel „Dem GESETZ auf den GRUND gehen“ veröffentlicht. Die 13 Postkarten der Serie greifen im Stil der oben veröffentlichten „Snowden-Postkarte“ je eine zentrale Aussage des Grundgesetzes auf und kontrastiert den Verfassungsanspruch mit der Wirklichkeit. Weitere Infos und Kontakt: werner.glenewinkel@t-online.de

Zivilgesellschaftliche Einrichtungen haben ihre Solidarität für Snowdens Aufklärungsarbeit mit einer Vielzahl von Preisen und Ehrungen zum Ausdruck gebracht.

Deshalb stehe ihm Asyl in Deutschland zu. Das sehen natürlich diejenigen, die Whistleblowing für Verrat halten, ganz anders. Sie betonen die Voraussetzung, dass der Schutzanspruch



talen Technologien nutzen können, um die Welt auf einem neuen Level beeinflussen und unsere Systeme zu attackieren: Das politische System, das Rechtssystem, das soziale System.

„Wir müssen“, so seine Forderung, „die massenhafte Datensammlung stoppen. Wenn jeder Mensch jederzeit überwacht wird, nur für den Fall, dass er mal gefährlich werden könnte, verändert das den Charakter einer Gesellschaft.“ Das ist die Sorge vor den – wie Prantl das nennt – „globalen digitalen Inquisitionstechniken“, die jeden Einzelnen betrifft.

Daneben entsteht ein noch viel größerer Anlass zur Sorge:

erst dann entstehe, wenn der politisch Verfolgte Deutschland erreicht habe.

Wenn Deutschland Snowden Asyl gewähre, könnte das – so viele Politiker der Großen Koalition – als feindlicher Akt gegenüber den USA aufgefasst werden. Snowden selbst äußerte in einem Interview den Wunsch, politischen Schutz von Deutschland oder Frankreich zu erhalten. Er würde gerne dort einen Asylantrag stellen.

Die Regierungen hätten nach Gründen gesucht, weshalb er nicht kommen durfte. Aber er habe nichts veröffentlicht, womit er Menschen gefährdet habe. „Ich glaube, die europäischen Regierungen haben Angst vor mir.“

Das könnte auch daran liegen, dass Snowdens Enthüllungen jeder normalen Bürgerin Angst machen müssten. Angst vor den undurchschaubaren und unkontrollierten Machenschaften vieler Regierungen.

In einem Interview mit dem „Spiegel“ sagte Snowden kürzlich dazu: Überall hätten Politiker und Unternehmer verstanden, dass sie die digi-

Die Zukunftskriege finden im Netz statt. Den vorausschauenden Militärs ist sehr schnell klar geworden, dass die Kriege der Zukunft weder Soldaten noch Panzer, allenfalls kleine hochspezialisierte Eingreiftruppen brauchen.

Das zukünftige Szenario heißt Cyberkrieg. Nach Wikipedia ist damit zum einen die kriegerische Auseinandersetzung im und um den virtuellen Raum – den Cyberspace – mit Mitteln der Informationstechnik gemeint. Zum anderen ist er die Bezeichnung für die hochtechnisierte Form des Krieges im Informationszeitalter, die auf einer weitgehenden Computerisierung, Elektronisierung und Vernetzung fast aller militärischen Bereiche basiert.

Der Öffentlichkeit diese gefährlichen Entwicklungen vor Augen geführt zu haben, verdient Dank und Anerkennung.

Deshalb: Asyl für Edward Snowden.

Werner Glenewinkel ist DFG-VK-Mitglied und war bis zu deren Auflösung Ende 2013 Vorsitzender der Zentralstelle KDV. <<

Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2020 im 47. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: ZivilCourage – das DFG-VK-Magazin, Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: Druckhaus Stil + Find, Felix-Wankel-Straße 2, 71397 Leutenbach-Nellmersbach, Telefon 0711-12020213, E-Mail info@stil-find.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafnenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834

ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-90056, Telefax 09082-911200, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.

Erscheinungsweise: fünf Mal/Jahr
Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnerung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 11. Dezember 2019. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 17. Februar 2020.

Die Vision einer Friedenskultur entwickeln

Ausgehend von „innerem Frieden“ der Gewaltlogik etwas entgegensetzen

Von Dieter Riebe

Ein Zitat von Erich Kästner besagt: „Glaubt nicht, ihr hättet Millionen Feinde. Euer einziger Feind heißt: Krieg.“

Krieg ist die Manifestation der rücksichtslosen Gewalt und Unterdrückung. Solange Kriege von einer Minderheit, aus wirtschaftlichen Vorteil, gewollt und von der Mehrheit, die die Lasten trägt, toleriert werden, werden Kriege vorbereitet und immer wieder durchgeführt.

Bei den Vorbereitungen und während der Kriege werden Feindbilder erschaffen, wertvolle Ressourcen verschwendet sowie zerstört und die Umwelt vergiftet etc. Und wenn z.B. tatsächlich wieder ein Weltkrieg entstünde, wird er sehr wahrscheinlich in der totalen Zerstörung der westlichen Zivilisation enden. Es ist daher eine unserer wirklich essenziellen Zukunftsaufgaben, Krieg als Mittel der Politik abzuschaffen. Nur wenn die Weltgemeinschaft die Gewaltkultur aufgibt und sich der Friedenskultur zuwendet, werden wir als Spezies langfristig eine Chance haben, auf der Erde zu existieren.

Deshalb setzen wir uns als Mitglieder der DFG-VK für die Abschaffung des Krieges ein. Obwohl wir organisatorisch keine Massenbasis haben, ist unsere Arbeit dennoch erfolgreich, vor allem, wenn man die wenig vorhandenen finanziellen Ressourcen bedenkt.

Wir sind nicht erfolgreich in dem Sinne, dass wir bisher den Krieg verhindert haben, sondern wir sind erfolgreich darin, z.B. durch Kampagnen, die Lügen und Propaganda des Krieges aufzeigen.

Im Zusammenhang des Soldaten-Gottesdienstes im Kölner Dom am 10. Januar, sagte Stephanie Intveen von der DFG-VK-Gruppe Köln in einem Interview: „Wir müssen die Feindschaft bekämpfen und nicht Feinde“.

Ja, genau das! Wir müssen das Feindschafts-Denken in unseren Köpfen, das Feinde macht, bekämpfen.

Wir sollten uns bewusst machen, dass wir noch selbst dem Feindes-Denken verhaftet sind. Unsere Feinde sind z.B. die Rechten, das Militär etc. Wenn wir sie aber zu unseren Feinden machen und dem Einzelnen nicht als Individuum respektvoll begegnen, setzen wir den einzelnen Menschen und seine Handlung gleich und erkennen ihn nicht als einen individuellen Menschen an. Wir sind dann automatisch auch Teil der Gewaltkultur. Einem Menschen als Subjekt zu begegnen bedeutet nicht, dass ich seiner Meinung sein muss. Damit hat Stephanie Intveen einen meiner Meinung nach wesentlichen wunden Punkt der Friedensbewegung angesprochen.

Die Friedensbewegung ist in sich selbst nicht wirklich friedlich. Deshalb leidet die Friedensbewegung auch an ihrer mangelnden Glaubwürdigkeit. Die Menschen können nicht wirklich fühlen und erkennen, worin denn der Unterschied unseres „positiven Friedens“ liegt zum „negativen Frieden“, den die Politik verwendet, wenn wir nur unsere Feinde austauschen.

Wenn aber für die große Mehrheit nicht wirklich fühlbar erkennbar wird, worin der Frieden der Friedensbewegung besteht, können sie auch den Unterschied zum Friedensbegriff des Militärs, das sich ja auch als Friedensbringer sieht, nicht erkennen. Dann setzen sie den Friedensbegriff des Militärs mit der Politik der Friedensbewegung gleich. Dann diskutiert man nur noch die Frage, wie der „negative Frieden“ realistisch zu erreichen ist, da der „positive Frieden“ nicht erkennbar ist bzw. hält diesen für eine unerreichbare, naive Utopie.

Zur Zeit sind wir gesellschaftlich weit vom positiven Frieden entfernt. Wir sollten in der Friedensbewegung zusätzlich dazu übergehen, auch von einer konkreten Utopie des Friedens zu sprechen, also einer Utopie einer real möglichen friedlicheren Gesellschaftsform. Erst dann können die Menschen den Weg zu einer Friedenskultur wirklich verstehen und sie als positive Alternative aufgreifen.

Wie die massive Vorbereitung und Propaganda des Krieges der Länder zeigen, reicht es nicht, die Missstände anzuprangern, sondern wir müssen dem auch etwas Positives entgegensetzen.

Doch um etwas Positives zu entwickeln, braucht man erst einmal die Erkenntnis, was eigentlich das Wesen der Gewaltkultur ist. Was sind die tieferen Ursachen der Gewalt, die sich gegen uns selbst und andere richtet? Da wir alle in der Gewaltkultur aufwachsen und von ihr geprägt werden, müssen wir uns damit beschäftigen, wieviel Gewalt denn persönlich in jedem von uns steckt. Es geht darum zu erkennen, was der Unterschied zwischen der verbindenden, freundschaftlichen Friedenslogik und der trennenden, feindschaftlichen Sicherheits-/Gewaltlogik für uns als Einzelne bedeutet.

Erst mit der Erstellung der Liste „Gegenüberstellung der Unterschiede von Friedenslogik und Sicherheits-/Gewaltlogik auf menschlicher, individueller Ebene“ (siehe Kasten rechts) bin ich mir erst wirklich klar geworden, wie tief die Gewaltkultur in unserer Gesellschaft verankert ist und mit welcher Dimension sie auf mich persönlich wirkt. Wer sich mit der Liste intensiv beschäftigt, wird erkennen, wie weit jeder selbst in der Gewaltkultur verstrickt ist.

Das Hautmerkmal der Gewaltkultur ist, dass wir Menschen als Objekt von Bewertungen, Erwartungen und Absichten gesehen werden. Als Objekt zählt der einzelne Mensch nicht an sich als wertvoll, einfach weil er geboren ist und von Geburt alle Menschen gleich sind, sondern sein Wert ist von Bedingungen abhängig. Um sich selbst als wertvoller Mensch zu sehen, ist der Mensch in der Gewaltkultur auf die Anerkennung der anderen angewiesen. Seine Wertigkeit wird definiert z.B. von Status, Macht, Geld, Ausbildung, Aussehen etc. In der Gewaltkultur definiert sich der Mensch also nur über die anderen, anstatt in sich zu ruhen und sich selbst genug zu sein. In der Gewaltkultur tut der Mensch alles, diese notwendige Bestätigung von außen zu bekommen. Er kann geradezu in krankhafter Sucht danach streben, sein Ansehen bzw. seinen Status zu erhöhen. Dies zeigt sich in Machtsucht, Geldsucht, Gier, Narzissmus etc.,. Aber wie kommt es dazu, dass sich der Mensch von sich selbst entfremdet?

Jeder Mensch wird als Subjekt geboren und will angenommen und geliebt werden. „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ setzt voraus, dass wir uns wirklich selbst lieben. Doch die allermeisten konnten diese Liebe nicht erfahren, da die Eltern diese Liebe selbst nicht empfinden können, weil sie wiederum selbst die Liebe nicht erfahren haben. Nicht eine oberflächliche Liebe, wie wir sie allgemein kennen, die an Bedingungen geknüpft ist, sondern eine innige, tiefe Eigenliebe ist dazu notwendig. Diese Eigenliebe, wird uns durch die gut gemeinte Erziehung der Eltern (und andere Personen), meist aberzogen. Sie wollen, dass ihr Kind in der Gesellschaft gut zurechtkommt. Das Kind lernt schon früh, dass es zwischen „Zuckerbrot und Peitsche“ wählen darf, sich den Anforderungen der Erwachsenen anzupassen. Zudem machen dem Kind zusätzlich die Erfahrungen von emotionalen Abweisungen, sowie Gewaltterfahrungen etc. zu schaffen. Mit je-

der Forderung an das Kind, sich an die meist gesellschaftlich geforderten Regeln anzupassen, sich dem unterzuordnen, also dem „System“ gerecht zu werden, findet eine weitere Entfremdung zu seinem „wahren Ich“ statt. Daraus entwickeln sich Schuldgefühle, werden eigene Emotionen umgelenkt und entstehen innere Konflikte. Dieser Anpassungsprozess bzw. diese Konditionierung ist schon so in tief in unserer Gesellschaft verankert und akzeptiert, dass man sich in der Regel überhaupt keine Gedanken mehr darüber macht und es daher auch kein Bewusstsein dafür gibt. Das Kind wird als Objekt behandelt und es passt sich dem an, indem es sich selbst zum Objekt macht, weil es als Subjekt keine Liebe erfahren würde. Die Liebe, die Zuwendung und Wertschätzung bedeutet, ist an Bedingungen geknüpft, die es zu erfüllen gilt. Der sich selbst entfremdete Mensch, wird sein ganzes Leben nach seiner verloren gegangenen Einheit („Paradies“) suchen. Da der Mensch den Kontakt zu seiner „inneren Welt“, zu seinem „Gefühlsleben“ verloren hat, sich also von seinen eigenen Gefühlen abgespalten hat, orientiert er sich daher auf die äußere Welt.

Da die Machteliten den entfremdeten Menschen erhalten wollen, damit sie ihn als Objekt benutzen können, werden wir von ihnen keine Impulse zu einer Friedenskultur erhalten. Die Impulse zu einer Friedenskultur, die vom Be-

wusstsein abhängt, kann nur von der Basis, von jedem Einzelnen von uns ausgehen. Gandhi hat es auf dem Punkt gebracht: „Sei du selbst die Veränderung, die du dir von der Welt wünschst.“

Die DFG-VK-Gruppe Bonn-Rheinsieg hat eine Arbeitsgruppe „Innerer Frieden“ gegründet, um eine Vision der Friedenskultur zu entwickeln. Wie erreichen wir, dass Menschen sich angesprochen fühlen und über die Selbsterkenntnis zu mehr innerem Frieden finden und daraus aktiv Friedensarbeit leisten wollen. Wir laden dazu ein, sich an diesem Prozess zu beteiligen, und sind gespannt, welche Resonanz sich entwickelt.

Dieter Riebe ist seit Jahren aktiv in der DFG-VK-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg. <<

Gegenüberstellung der Unterschiede von Friedenslogik und Sicherheits-/Gewaltlogik auf menschlicher, individueller Ebene

Friedenslogik
ist die verbindende, freundschaftliche Ebene

Grundmerkmal der Friedenskultur ist: Der Mensch wird als **Subjekt**, mit all seinen Stärken und Schwächen gesehen.

- Gleichwertigkeit aller Menschen
- Unabhängig sein – Selbstwert ist weitgehend unabhängig von außen
- Voraussetzung ist: die Anerkennung und Benennung von Gefühlen und Bedürfnissen

dadurch ergibt sich:

- selbstbestimmt leben
- Gewaltlosigkeit – Ausgleich
- Selbstverantwortung
- Respekt vor allen Menschen
- Handlung – Individuum: jeder hat viele Seiten
- Empathie* – Akzeptanz
- integrieren – Zusammengehörigkeit
- wiedergutmachen - Versöhnung
- zuhören – offen in Verbindung gehen
- Zusammenarbeit
- Freude bestimmt das Leben
- gegenseitiges Vertrauen

* Empathie = Die Fähigkeit und Bereitschaft, Empfindungen, Gedanken, Emotionen, Motive und Persönlichkeitsmerkmale einer anderen Person zu erkennen und zu verstehen.

Sicherheits-/Gewaltlogik
ist die trennende, feindschaftliche Ebene

Grundmerkmal der Gewaltkultur ist: Der Mensch wird als **Objekt** von Bewertungen, Erwartungen und Absichten gesehen.

- Wertigkeit des Menschen je nach Geld, Macht, Status, Ausbildung, Leistung, Aussehen etc.
- notwendige Bestätigung von außen – Anpassung und Buhlen um Anerkennung
- Ursache ist: das Abschneiden von Gefühlen und Bedürfnissen bzw. Trennung von Körper, Geist und Seele

dadurch ergibt sich:

- fremdbestimmt leben
- gewalttätig – gegen sich selbst und andere
- andere verantwortlich machen – Opferdenken
- Identifizierung von Feinden
- Gleichsetzung von Individuum und Handlung
- Entmenschlichung – Distanz
- ausgrenzen – getrennt sein
- bestrafen – Rache
- recht haben – oft doktrinäres** Denken
- Ausbeutung
- Ängste bestimmen das Leben
- generelles Misstrauen

** doktrinär = Glaubenssystem und Ansichten, die als allgemeingültig dargestellt werden und von denen nicht abgewichen werden darf bzw. die verbindlich sind.

Zusammenstellung: Theresa M. Bullmann und Dieter Riebe



Claus Aldé: Die Erfindung der Selbstvernichtung (Band 2). Vom Flugzeugbauverbot zu Görings Luftwaffe. Münster 2019; 618 Seiten; 39,90 Euro

Wer sich für (Technik)geschichte interessiert und wer nachvollziehen möchte, wie schon in der Weimarer Zeit die Weichen gestellt wurden für den Zweiten Weltkrieg, für den/die ist der Band 2 der Reihe „Die Erfindung der Selbstvernichtung“ von Claus Aldé ein guter Griff. Er schildert den Aufbau der Göringschen Luftwaffe, beginnend mit dem Unterlaufen des Rüstungsverbots durch den Versailler Vertrag bereits in den frühen 1920er Jahren.

Mit der Beschreibung der Entwicklung der zivilen Luftfahrt, die nach dem Ersten Weltkrieg einen enormen Aufschwung nahm und in der die Flugzeugmodelle verschiedener deutscher Produzenten eine wichtige Rolle spielten, spricht das Buch auch den Technikinteressierten an. Doch Aldé zeigt parallel auf, wie frühzeitig Militärs Einfluss auf diese Produktentwicklung nahmen. Junkers, Heinkel und Dornier sind Fabrikantennamen, die früh schon eine Rolle spielten und die dann als Typenbezeichnungen von Kriegsflugzeugen der Nazis Angst und Schrecken verbreiteten. Das Buch beschreibt aber auch die Bemühungen des neu gebildeten Völkerbundes, nicht nur die deutsche, sondern die Rüstung weltweit einzuschränken und zu reduzieren. Auch die Auswirkungen der Rüstungsbeschränkungen für Deutschland durch den Versailler Vertrag werden veranschaulicht.

Und so entwickelt Aldé ein Wechselspiel in der Darstellung der internationalen Bemühungen, die Rüstung weltweit, aber die deutsche Rüstung im Speziellen, einzugrenzen, auf der einen Seite und den trickreichen Bestrebungen des deutschen Militärs und konservativer, nationaler Kreise, heimlich vor allem auch eine Luftwaffe aufzubauen, auf der anderen Seite.

Die Auslagerung von Teilen der Flugzeugproduktion nach Schweden wird beschrieben und auch die umfangreiche verdeckte Rüstungs-Zusammenarbeit mit der jungen Sowjetunion. Aldé arbeitet immer wieder mit Zitaten von Beteiligten und macht so die Entwicklungen authentisch nachvollziehbar. Auch zahlreiche Fotos von Flugzeugentwicklungen und den erwähnten Akteuren bringen dem/r Leser/in die Ereignisse näher. Die führenden Köpfe beim Völkerbund werden vorgestellt, es gibt auch einen Einschub über bekannte Persönlichkeiten der friedensbewegten Öffentlichkeit von Tucholsky bis Ossietzky.

Eingerahmt ist die Dokumentation des Aufbaus der Luftwaffe, die dann zur Hauptwaffe Hitlers wird, durch zwei Ereignisse. Zu Beginn beschreibt Aldé den verheerenden Luftangriff auf die britische Stadt Coventry, am Ende wird über den Angriff der Legion Condor auf die spanische Stadt Guernica berichtet. Diese beiden Beispiele schrecklicher Angriffe der Nazi-Luftwaffe auf Zivilisten zeigt zum einen, dass Hitlers Wehrmacht als Erster zu diesen zerstörerischen Methoden der Kriegsführung griff. Sie zeigen aber auch auf, dass gerade die Luftwaffe den Weg geht, die Zivilbevölkerung ins Zentrum der Kriegsführung zu stellen, Merkmal aller modernen Kriege seither.

Joachim Schramm



Alice Grünfelder: Wird unser Mut langes? Ziviler Ungehorsam für den Frieden. Ein Essay. BoD, Norderstedt 2019; 142 Seiten; 12 Euro

Ich gebe es zu: Ein Buch, das mich gleich auf den ersten Seiten förmlich „anspricht“ mit der Formulierung „verurteilt man Walter Liebknecht und Rosa Luxemburg“ (S. 11), das weckt vor allem meine Skepsis, denn da hat die Korrekturlesung völlig versagt.

Und tatsächlich musste ich leider viele weitere sachliche Fehler entdecken. Eine kleine Auswahl:

Über eine Frau, die die Bezahlung einer Geldstrafe, zu der sie wegen einer gewaltfreien Blockade verurteilt worden war, verweigerte, heißt es: „... mit demselben Argument übrigens, wie schon Jahrhunderte zuvor [Henry David] Thoreau seine Steuerzahlungen verweigerte.“ (S. 98) Der hatte von 1817 bis 1862 gelebt, seine Steuerverweigerung war 1846...

Zu den Nötigungsprozessen vor dem Amtsgericht Schwäbisch Gmünd heißt es: „Den einheimischen Aktivisten und Sympathisanten waren die Verfahren erst recht ein Dorn im Auge, denn es waren dieselben Richter, die reihenweise die Anträge junger Männer aus Gmünd auf Kriegsdienstverweigerung ablehnten.“ (S. 100) Ganz sicher nicht: Das KDV-Grundrecht musste man ggf. vor dem Verwaltungsgericht durchsetzen, und ein solches gab (und gibt) es in Schwäbisch Gmünd nicht, die gewaltfreien Blockaden wurden hingegen vor dem Strafrichter verhandelt.

Aber gut, die Autorin nennt ihren Text auch einen (oder ein; beides ist möglich) Essay. Ein solcher behandelt laut Duden ein Thema „in knapper und anspruchsvoller Form“, wobei (laut Wikipedia) die „Kriterien wissenschaftlicher Methodik dabei vernachlässigt werden“ können. „Im Mittelpunkt“ stehe dabei „die persönliche Auseinandersetzung des Autors mit seinem jeweiligen Thema.“ (ebd.)

Was nun aber ist eigentlich das Thema von Alice Grünfelder?

Geboren im Juni 1964 wuchs sie in Schwäbisch Gmünd und Mutlangen auf, war also im „berühmten“ Sommer und Herbst 1983, als es die Prominenten-Blockade und die zahlreichen Aktionen zivilen Ungehorsams am Ort der geplanten Stationierung der US-Atomraketen Pershing-II gab, immerhin 19 Jahre alt.

Warum schreibt sie nun, mehr als dreieinhalb Jahrzehnte später, ein Buch über die (damalige) Friedensbewegung und den Protest am Stationie-

rungsort Mutlangen, der ihr Heimatort war und dessen Name durch diesen Protest weltweit bekannt wurde? Eine Antwort lautet: „Ich lebte mitten in dieser Stadt und habe nichts mitbekommen.“ (S. 29) Und: „Wie konnte es sein, dass sich am anderen Ende des Dorfes Weltbewegendes zutrug, das mich und meine Freunde kaltließ? Weil ich anderes im Kopf hatte und nur fliehen wollte aus dieser Ende. Enge im Kopf und Enge im Herzen, so jedenfalls war es mir während meiner Jugend vorgekommen. Die Raketen spielten bei diesen Überlegungen keine Rolle, es waren die Menschen, die mir zu schaffen machten. Und mein damaliges Interesse macht mir heute zu schaffen.“ (S. 56)

Nun ist es sicher legitim und auch sinnvoll, sich im fortgeschrittenen Alter rückblickend mit Verbindungen der eigenen Biografie mit welthistorischen Ereignissen zu beschäftigen. Und dabei nach Entwicklungslinien zu fragen, die vielleicht auch heute noch eine politische Relevanz haben. Eine daraus entstandene essayistische Betrachtung ist notwendig subjektiv, geschichtswissenschaftliche Ansprüche können daran nicht angelegt werden.

Übertreibungen und fragwürdige Bewertungen wie beispielsweise die, dass Mutlangen „zum Symbol des zivilen Ungehorsams“ geworden sei,

„weil sich hier die ungewöhnlichste und geduldigste Protestbewegung etablierte, die Deutschland je erlebte“, können dann vielleicht hingenommen werden. Auch die Auswahl der Quellen und Zeitzeugen, die die Autorin befragte, ist dann vor diesem Hintergrund zu sehen und zu bewerten.

Zuzustimmen ist der Autorin insgesamt in dieser Einschätzung: „Was ging damals vor sich, warum und wie? Wenn alte Mächte die Welt heute wieder voll im Würgegriff haben, ist es Zeit, sich daran zu erinnern, wie es einer Handvoll Menschen gelingen konnte, als David Goliath in die Flucht zu schlagen. Denn jenseits der Frage, ob nun die ‚Nachrüstung‘ oder aber die Friedensbewegung zum Ende des Kalten Kriegs geführt hat, ist Mutlangen zum Symbol dafür geworden, politische Gegensätze und zivilen Ungehorsam als Teil einer demokratischen Konfliktkultur zu verstehen – und auch auszuhalten. Why!, Mutlangen, die Menschenkette und die Friedensbewegung haben gewaltfreie Formen des Protest als Mittel der politischen Auseinandersetzung etabliert und legitimiert.“ (S. 117) Wenn man „Mutlangen“ und das Buch als kleinen Mosaikstein einer umfassenderen und komplexeren Wirklichkeit versteht, dann hat der Essay seinen Sinn.

Stefan Philipp

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Was ist da los unter der neuen Ministerin? Der Militärische Abschirmdienst, der MAD, ermittelt in Calw beim Kommando Spezialkräfte, dem KSK, gegen unsere Kameraden. Kein durchgeknallter Staatsanwalt, ausgerechnet der MAD, der früher ganz zuverlässig Kritik an der Bundeswehr abgeschirmt hat; denn dazu ist er doch da, oder? Und überhaupt: Was soll das ganze Getue? Da ein wenig Traditionspflege, da mal ein freundlicher Hitlergruß zur gegenseitigen Aufmunterung, das ist bei uns doch ganz normal. Die politische Führung muss sich allmählich überlegen, wen sie in der Truppe haben will: archaische Kämpfer oder weichbackige Müsilutscher. Und speziell das KSK sollte doch mal die Speerspitze des ganzen Vereins sein, wenn wir uns recht erinnern, und kein Nonnenkloster. Die Kameraden von der US-Delta Force lachen sich schlapp, wenn die solche Geschichten hören. Und den Terroristen, die von unseren KSK-Kameraden neutralisiert werden, ist es ziemlich egal, ob von denen einer mal den Hitlergruß gezeigt hat. Soldatinnen und Soldaten, wir halten zusammen!

gez. Alex von Lingua, Feldpostmeister

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

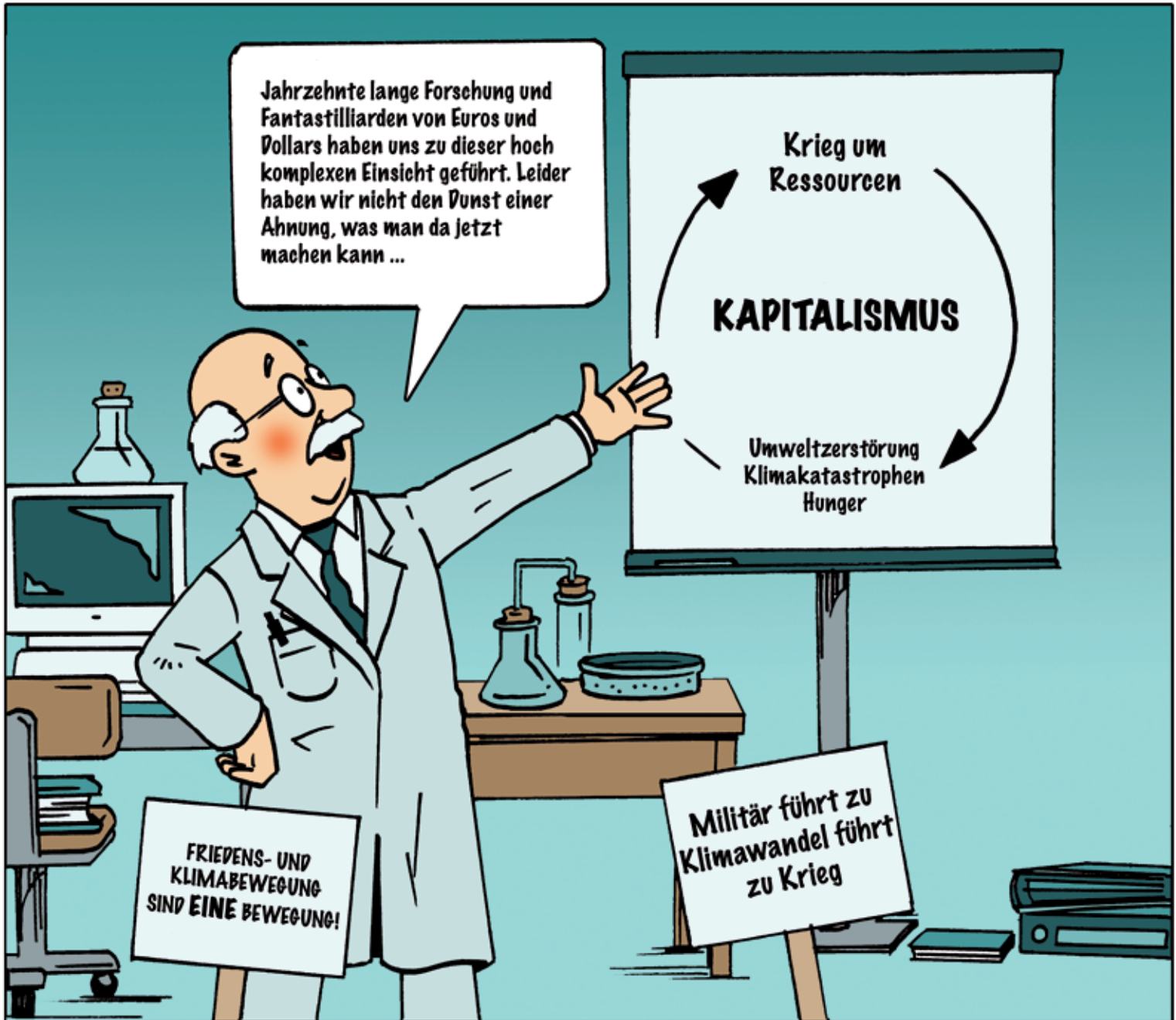
Datum

Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



Die ZivilCourage-Karikatur



Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart



**Die Grundsatzklärung
der DFG-VK:**

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.